

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 196 · 17. JAHRGANG · AUSGABE 5/2011 VOM 10. MAI 2011 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Eine WHG-Tochter mit Gewinnerwirtschaftung**  
SSGE mit 1.309 Euro Gewinn

6 | **Versammlungsverbot im Brandenburgischen Viertel**  
Staatsmacht macht sich lächerlich

12 | **Heimkehr der Faschisten**  
Beamte in der BRD

## Eberswalder Spendenskandal erledigt?

**Am 3. Mai 2011 wurde der Ex-Bürgermeister von Eberswalde, Reinhard Schulz, vom Landgericht Frankfurt/Oder verurteilt. Ist damit der Spendenskandal erledigt, der 2006 maßgeblich zu seiner Abwahl beigetragen hat, und der dem damaligen Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Friedhelm Boginski die Chance eröffnete, Bürgermeister von Eberswalde zu werden?**

Das Gericht sah es als erwiesen an, daß sich Schulz in zwei Fällen der Vorteilsnahme und in drei Fällen der Untreue schuldig gemacht hat. Dabei ging es um die Annahme von Spenden im Zusammenhang mit dem Verkauf der Anteile der Technischen Werke Eberswalde (TWE) an den Stadtwerken und die Weiterverteilung dieser Spenden an zwei Sportvereine und eine Jagdpächtergemeinschaft, vorbei an den städtischen Gremien.

Das Gericht verurteilte Schulz zu elf Monaten Freiheitsentzug mit zweieinhalbjähriger Bewährung und zur Zahlung von 500 Euro an den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Es berücksichtigte bei seiner Entscheidung, daß die Straftaten bereits 6 bis 8 Jahre zurückliegen (und der Angeklagte damit schon lange quasi unter Beobachtung stand), der Angeklagte geständig war und als nicht vorbestraft gilt. Es fand Erwähnung, daß sich Schulz wegen Fahrens unter Alkohol und Tätlichkeit gegenüber der Polizei verantworten mußte, ihm die Waffenbesitzerlaubnis entzogen wurde, und er wegen Bestechlichkeit zu einer Bewährungsstrafe bereits verurteilt wurde. Diese Fakten bedeuten aber keine Vorbestrafung, die Bewährungszeit im letzten Fall war abgelaufen. So gesehen hat der späte Prozeß für Schulz auch eine positive Seite – in gewisser Weise ein Ausgleich dafür, daß er fünf Jahre mit der Anklage leben mußte.

Der Abschluß des Verfahrens gegen Schulz am 3. Mai 2011 mit einem Urteil war nach langer Zeit der Ungewissheit doch überraschend. Nachdem am 14.08.2008 die Staatsanwaltschaft Neuruppin die Anklage an das Landgericht Frankfurt/Oder übergeben hatte, kam es zunächst nicht zur Verhandlung. Diese lehnte das Gericht 2009 teilweise ab. Erst am 27.04.2010 ordnete das Oberlandesgericht die Verhandlung zu zwei Punkten an. Danach dauerte es noch bis April 2011, ehe in einer Vorschau von Gerichtsterminen das Landgericht acht Verhandlungstage vom 23.05. bis zum 15.06.2011 vorankündigte. Dementsprechend wurden auch Zeugen zum Prozeß geladen. Dann jedoch wur-

den alle diese Termine abgesetzt und die Zeugen ausgeladen. Statt dessen wurde als neuer Termin der 3. Mai ohne Folgetermine und ohne Zeugenvernehmungen festgelegt. Der Hintergrund für diese Verfahrensweise gab Anlaß zu der Vermutung, daß ein Deal geschlossen wurde. Der vorsitzende Richter erklärte dann auch, das Gericht, der Staatsanwalt und der Verteidiger hätten umfangreiche Vorgespräche geführt und sich verständigt, eine Reihe von Anklagepunkten fallen zu lassen. Die verbleibenden Punkte wurden vom Angeklagten als richtig anerkannt. Auch über das Strafmaß gab es eine Verständigung. Zehn bis elf Monate plus zwei Wochen mit Bewährung standen zur Debatte (ein Strafmaß, das Pensionsansprüche nicht hinfällig macht). Auf der Grundlage dieser Verständigung von Gericht, Staatsanwalt und Verteidiger wurde der Prozeß kurz und bündig zu Ende gebracht.

Eigentlich hätten auch die Energiekonzerne EWE und EON.Edis mit auf der Anklagebank sitzen müssen. Aber diese wurden bereits im Jahre 2007 zu Geldstrafen von 400.000 Euro und 300.000 Euro verurteilt, die diese auch bezahlt haben, worauf das Verfahren gegen sie eingestellt wurde.

Der Richter stellte klar, daß gemäß § 31 StGB die Vorteilsannahme nicht zulässig war. Er relativierte die Spendenannahme aber damit, daß die Spenden der Stadt zugute gekommen wären. Der Gesetzgeber habe mit diesem Paragraphen eine strenge Vorschrift erlassen, die Rechtsprechung versuche nun aber zurückzurudern. Der Angeklagte habe ein glaubhaftes Geständnis abgelegt. Schulz hatte erklärt, sich nicht bereichert, sondern Finanzierungsprobleme der Stadt gelöst zu haben. Es war nach Aussage des Richters die »Gutsherrenart in Brandenburg«, die auch anderenorts üblich war.

Die Stadtverwaltung und die Stadtverordnetenversammlung wird nun eine Aussage treffen müssen, ob sich der Spendenskandal mit dem Urteil erledigt hat (siehe Seite 2).

ALBRECHT TRILLER



## Für Mindestlohn und »gute Arbeit«

**Eberswalde (bbp).** Der Andrang hielt sich, wie schon in den Vorjahren, in Grenzen. Bis zu 200 Teilnehmer zählten die Veranstalter bei der Maidemonstration und der anschließenden Kundgebung auf dem Eberswalder Marktplatz. Allerdings hielt sich die vorherige Öffentlichkeitsarbeit der Gewerkschaften und auch der teilnehmenden Organisationen sehr in Grenzen. Die regionale Tageszeitung hatte ihre am gleichen Wochenende stattfindende MOZ-Sauftour wie immer breit beworben und konnte eine erfolgreiche Abrechnung vorlegen. Sie berichtete auch über die Mai-Veranstaltung auf dem Marktplatz, allerdings vorrangig über die geringe Teilnehmerzahl. So blieb es der geeigneten Leserschaft leider verborgen, daß es da auch um Inhalte ging. Neben der bereits im Vorjahr aufgemachten Forderung nach »guter Arbeit« (vgl. BBP 5/2010), steht in diesem Jahr erstmals auch der gesetzliche Mindestlohn auf der Agenda des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Mehr dazu erfahren Sie in dem Beitrag auf Seite 2.

## Niemand nennt es Mord

Osama bin Laden ist tot, vermeldeten die Agenturen. Ein US-amerikanisches Spezialkommando hatte den seit dem 11. September 2001 als Hauptfeind Nr. 1 der USA gesuchten Al-Qaida-Chef in der Nähe der pakistanischen Hauptstadt Islamabad aufgespürt und getötet. US-Präsident Barack Obama hielt eine Rede. Die Politiker äußern »weltweit Erleichterung«. Der BRD-Außenminister Guido Westerwelle »begrüßte« die Tötung bin Ladens, seine Kanzlerin Angela Merkel »freute« sich. Die NATO-Führung »gratulierte« dem Präsidenten.

Um »Freiheit und Demokratie« geht es in dem mittlerweile fast zehnjährigen »Krieg gegen den Terror« – angeblich. Wieso fragt niemand, wieso US-Soldaten in einem fremden Land, einfach so, gezielt einen Menschen umbringen? Die Behauptung, der Getötete sei bewaffnet gewesen und habe sich gewehrt, stellte sich inzwischen als Lüge heraus. Wieviel Lügen kamen noch nicht raus? Die Aktion des US-Killerkommandos erfüllt sämtliche rechtsstaatlichen Kriterien für vorsätzlichen Mord – doch keiner der »Demokraten« nennt das so.

Wie es heißt, sei die Leiche bin Ladens nach dem Mord zunächst nach Afghanistan und anschließend auf ein Schiff der US-Marine gebracht worden, wo der Leichnam ins Meer geworfen wurde. Wenn die Spezialisten die Leiche mitnehmen konnten, hätten sie doch auch den lebenden Osama bin Laden mitnehmen können, um ihn nach der Festnahme einem rechtsstaatlichen Prozeß zuführen zu können. Auch die Entführung eines Menschen aus einem fremden Land hätte nichts mit »Recht und Demokratie« zu tun, aber hier hätte man noch eine Zusammenarbeit mit den pakistanischen Sicherheitsbehörden unterstellen können. Schließlich handelte es sich bei bin Laden um einen Terrorverdächtigen, nach dem weltweit gefahndet wurde. Aber Mord?

Was sind das für »freiheitliche Demokraten«, die sich nach einem Mord »erleichtert« fühlen. Was sind das für Militärs, die für einen erfolgreich vollzogenen Mord »gratulieren«? Was ist das für ein Außenminister, der die vorsätzliche Ermordung eines Menschen »begrüßt«? Was ist das für eine Kanzlerin, die sich über einen Mord »freut«?

GERD MARKMANN

Der Erste Mai in Eberswalde:

## Für Mindestlohn und „gute Arbeit“

**Eberswalde (dgb/bbp).** Gleicher Lohn für gleiche Arbeit von Stamm- und Leihbeschäftigten, ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro die Stunde, gute Arbeit, die eine Familie ernährt, nicht krank macht und mitbestimmt ist, flexible Übergänge in die Rente statt Rente mit 67 und eine solidarische Bürgerversicherung im Gesundheitssystem und in der Pflege statt Kopfpauschalen und immer mehr Eigenbeteiligung – das waren die Forderungen, mit denen der Deutsche Gewerkschaftsbund in diesem Jahr am 1. Mai nach Eberswalde eingeladen hatte. »Der 1. Mai ist unser Fest der Solidarität und kein Ort für alte und neue Nazis« betonte der Vorsitzende der DGB-Region Ostbrandenburg Olaf Himmel. »Wir demonstrieren am 1. Mai in Deutschland und Europa für eine gerechte soziale Ordnung: mit guter Arbeit, fairen Löhnen und sozialer Sicherheit für alle! Wir wollen eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. DAS IST DAS MINDESTE!«

Die Demonstration vom DGB-Sitz in der Eberswalder Grabowstraße wurde wie schon traditionell begleitet von den Eberswalder Spielleuten, die mittlerweile als Flötenorchester *con passione* auftreten. Auf dem Markt sprach der Staatssekretär



## Um die Wette waschen

**Eberswalde (prest-ew).** Am 11. Mai 2011 lädt das Museum in der Adler-Apotheke gemeinsam mit dem Oberstufenzentrum II und dem Landfrauenverband Lichterfelde von 10 - 16 Uhr zu einer großen Waschaktion auf den Hof der Adler-Apotheke ein. Anlaß ist der diesjährige 10. Bundesweite Aktionstag »Nachhaltiges Waschen«, deren Schirmfrau Ilse Aigner, Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz ist. Pünktlich um 10 Uhr wird Kulturamtsleiter Dr. Stefan Neubacher den Aktionstag im Museum eröffnen. Dann wird um die Wette gewaschen: Zwischen erfahrenen Hausfrauen, angehenden

Hauswirtschafterinnen und Kita-Knirpsen. Anschließend können sich die kleinen und großen Museumsbesucher an den historischen Waschgeräten wie Waschbrett, Wäschestampfer und Kugelwaschmaschine ausprobieren, an Wettspielen teilnehmen oder ihr Wissen beim Quiz testen. Was jeder selbst tun kann, um nachhaltig, also umweltschonend, zu Waschen, erfahren die Besucher ebenfalls. Darüber hinaus wird eine kleine Ausstellung zur Geschichte der Wasserversorgung im Barnim präsentiert. Nach so viel Arbeit und neuem Wissen können sich die Besucher mit frisch gebackenem Kuchen und Kaffee oder Tee stärken.

## Spendenskandal: Auch nach dem Urteil bleiben Fragen

Hat das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft alle Straftaten bzw. Rechtsverletzungen vollständig aufgeklärt? Dem Urteil liegen nur fünf Fälle der Vorteilsnahme und der Untreue zugrunde, die weiteren Fälle wurden im Interesse der Prozeßoptimierung außen vor gelassen. Wie ist mit den weiteren Fällen umzugehen?

Welche Möglichkeiten und Erfordernisse gibt das Urteil, vermögensrechtliche Ansprüche gegen derzeitige und ehemalige Beschäftigte oder Dritte geltend zu machen? Muß dazu möglicherweise Akteneinsicht in die Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft genommen werden?

Sind noch Disziplinarverfahren zum Abschluß zu bringen, die auf die Ermittlungsergebnisse angewiesen sind?

Müssen möglicherweise Ablehnungen von Dienstaufsichtsbeschwerden, die einen Bezug zum Spendenskandal haben, korrigiert werden?

Es gibt inzwischen Festlegungen zum Umgang mit Spenden und zur Einschränkung von Korruptionsgefahren, mit denen Schlußfolgerungen für die Zukunft gezogen wurden. Es braucht eine Diskussion über den Politikstil in Eberswalde. Die Erkenntnis, daß der Spendenskandal nur durch fehlende Transparenz und mangelhafte Bürgerbeteiligung möglich war, zwingt zu Konsequenzen. Entsprechende wohlklingende Erklärungen dazu erfordern aber auch entsprechende Taten. Transparenz in der Verwaltung und in kommunalen Unternehmen sowie tatsächliche Bürgerbeteiligung lassen noch immer auf sich warten. Zu hoffen bleibt, daß nach wiederholten Ablehnungen ein erneuter Antrag zur Herstellung von Transparenz in kommunalen Unternehmen doch noch die Zustimmung der Stadtverordneten findet.

ALBRECHT TRILLER

Beteiligungsbericht der Stadt Eberswalde:

## »Die SSGE arbeitet wirtschaftlich«

*Im Jahr 2009 erwirtschaftete die WHG-Tochter 1.309 Euro Gewinn*

**Eberswalde (bbp).** Neben ihren Hauptgeschäftszwecken, dem Bau und der Bewirtschaftung von Wohn- und Gewerbeimmobilien, betätigt sich die städtische Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG) im Gaststätten- und Hotelgewerbe, dafür wurde 2004 die Tochtergesellschaft MD Marketing- und Dienstleistungs- GmbH gegründet (vgl. BBP 4/2011), sowie auf dem Gebiet erneuerbarer Energien. Für den Erwerb und den Betrieb von Solarstrom-Anlagen gründete die WHG ebenfalls im Jahr 2004 die SSGE Solarstrom GmbH Eberswalde. Dank der gesetzlich garantierten Stromabnahme schreibt diese WHG-Tochter im Unterschied zur MD GmbH keine roten Zahlen.

Die WHG besitzt 90 % der Anteile. Weitere Gesellschafter sind der Diplomingenieur Ralf Dieme, zugleich Geschäftsführer der SSGE, und die R&T Gebäudetechnik GmbH von Karl-Heinz Reinicke aus Finowfurt mit je 5 %. Der im Herbst 2010 veröffentlichte Beteiligungsbericht der Stadt Eberswalde weist für die SSGE im Jahr 2009 bei einem Umsatz aus dem Stromverkauf von rund 167.134 Euro (2008: 167.188 Euro) zuzüglich sonstiger Erträge von 1.200 Euro (0 Euro) und Zinserträgen von 2.316 Euro (3.390 Euro) einen Gewinn in Höhe von 1.309 Euro aus. In den Vorjahren lag der Gewinn darunter. 2008 waren es 530 Euro und ein Jahr zuvor 487 Euro.

Größte Kostenfaktoren sind die Abschreibungen in Höhe von 81.059 Euro (Vorjahr: 79.256 Euro) und Zinsaufwendungen von 53.810 Euro (57.791 Euro). Hinzu kommt ein Geschäftsführergehalt von monatlich 400 Euro, was zuzüglich Sozialabgaben im Jahr 5.650 Euro ausmacht, sowie 2.302 Euro (3.328

Euro) an Materialaufwand. Die ordentlichen betrieblichen Aufwendungen summieren sich auf 23.982 Euro (23.841 Euro), darunter u.a. 8.262 Euro als Raumkosten, 4.842 Euro für Versicherungen, Beiträge und Abgaben und 4.982 Euro für Reparaturen und Instandhaltungen. Desweiteren sind 1.995 Euro (Vorjahr: 0 Euro) als sonstige Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit ausgewiesen. Nach Steuerabzug von 541 Euro (211 Euro) verbleiben 1.309 Euro Gewinn.

Vom Anfang 2009 ausgewiesenen Bilanzvermögen in Höhe von 1.381.279 Euro sind 1.212.254 Euro in technische Anlagen und Maschinen investiert. Weitere Aktiva bestanden aus 16.839 Euro Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen sowie einem Kassen- bzw. Bankkontostand von 121.719 Euro und aktiven Rechnungsabgrenzungsposten von 30.467 Euro.

Das Eigenkapital setzte sich Anfang 2009 aus den 25.000 Euro Stammkapital und einem Gewinnvortrag in Höhe von 837 Euro zusammen. Hinzu kamen Rückstellungen in Höhe von 3.295 Euro. Insgesamt 97,9 % des Bilanzvermögens resultierten aus Verbindlichkeiten, darunter sind 902.269 Euro (65,3 %) Schulden mit einer Laufzeit von mehr als 5 Jahren gegenüber Kreditinstituten, 12.591 Euro kurzfristige Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern, also im wesentlichen gegenüber der WHG, in Höhe von 435.382 Euro (31,5 %) und sonstige nicht näher genannte Verbindlichkeiten in Höhe von 1.906 Euro. Während in der Bilanz für die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern und sonstigen Restlaufzeiten von bis zu einem Jahr angegeben

werden, heißt es dazu im Widerspruch in der angehängten Erläuterung der Bilanz, »bis auf Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen« haben die Verbindlichkeiten »sämtlich Restlaufzeiten über einem Jahr«.

Vorsteuergewinn und Zinsaufwendungen ergeben auf die Bilanzsumme bezogen eine Ertragsquote von 4,03 %. Die durchschnittliche Zinsquote auf das aufgenommene Fremdkapital liegt mit 3,98 % ganz leicht darunter, so daß sich eine Eigenkapitalrendite (nach Steuern) von 5 % ergibt. Wie sich die Zinsen auf die Banken und Gesellschafter verteilen, wird aus den vorgelegten Angaben des Beteiligungsberichtes nicht ersichtlich. Aus dem Jahresabschluß der WHG geht lediglich hervor, daß die Anfang 2009 insgesamt an verbundene Unternehmen ausgeliehenen 671.691 Euro einen Zinsertrag von 24.078 Euro erbrachte, was einem Zinssatz von 3,6 % entspricht.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduzierten sich im Laufe des Jahres 2009 um 86.348 Euro auf 815.921 Euro und gegenüber Gesellschaftern um 15.165 Euro auf 420.217 Euro. Die Tilgungen lagen damit 20.454 Euro über den Abschreibungen. Als Finanzierungsquelle dafür stellt sich die Anhäufung zusätzlicher kurzfristiger Verbindlichkeiten aus Lieferungen Leistungen in Höhe von 10.547 Euro dar, welche damit auf 23.138 Euro anstiegen, sowie die Auflösung sonstiger Vermögensgegenstände und Forderungen im Wert von 5.925 Euro, die Reduzierung der aktiven Rechnungsabgrenzungsposten um 2.756 Euro und der Rückgriff auf Kasse und Bankkonto.

Der Beteiligungsbericht kommt zu der Einschätzung: »Die SSGE Solarstrom GmbH Eberswalde arbeitet wirtschaftlich.«

Barnimer Kampagne »Light me Amadeu« / Entzünde mich Amadeu:

## Initiative für eine Amadeu-Antonio-Straße in Eberswalde

Amadeu Antonio hätte ohne Rassismus am 12. August 2012 seinen 50. Geburtstag feiern können. Er wurde jedoch mit 28 Jahren in Eberswalde getötet. Nur wegen seiner Hautfarbe wurde er beleidigt, bedroht, gejagt, brutal geschlagen und ins Koma getreten. Am 6. Dezember 1990 starb er. Jedes Jahr versammeln wir uns anlässlich seines Todestages an der Erinnerungstafel in der Eberswalder Straße, denken an ihn, an seine Schwarzen Kollegen und Kolleginnen, und wir thematisieren alltägliche und strukturelle Formen von Rassismus ebenso wie Aktivitäten zur Überwindung dieses Phänomens.

Eberswalde ist deutschlandweit und darüber hinaus mit der rassistischen Tat von 1990 bekannt geworden und wird bis heute damit verbunden. Zum Glück für die Stadt Eberswalde

und das Land Brandenburg haben zivilgesellschaftlich Aktive und politisch Verantwortliche auf das Problem nicht mit Totschweigen und Bagatellisieren reagiert, sondern mit offenem Ansprechen der Probleme und mit einem Bündel von Maßnahmen für Demokratie und Menschenrechte, gegen faschistoide und rassistische Tendenzen. So wurden der In- und AusländerInnenkreis, Selbstorganisationen von MigrantInnen, die Amadeu-Antonio-Stiftung, das Aktionsbündnis Tolerantes Brandenburg, das Netzwerk für ein tolerantes Eberswalde, die Bürgerstiftung Barnim-Uckermark und andere Initiativen und Veranstaltungsreihen gegründet. Auch die Barnimer Kampagne »Light me Amadeu« ist eine der Reaktionen.

Straßennamen geben und ermöglichen Orientierung, im direkten wie im übertragenen

Sinn. Daher meinen wir: Es ist Zeit, in Eberswalde eine Straße nach Amadeu Antonio zu benennen, am besten zum oder vor seinem 50. Geburtstag. Der Abschnitt der Eberswalder Straße zwischen Heegermühler Straße und Kopernikusring wäre unserer Meinung nach dafür am meisten geeignet. Hier am ehem. Hütten-gasthof und vor der ehem. Chemischen Fabrik ereignete sich die Tat, die Heime für Vertragsarbeiter befanden sich ein Stück weiter in den Blöcken nah am Kopernikusring.

*Barnimer Kampagne »Light me Amadeu«*



## Baulücke oder Biotop?

Gestaltung von Brachflächen in der Stadt

Der städtebauliche Sanierungsprozess hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu einer deutlichen Revitalisierung der Innenstadt beigetragen. Viele teils kriegsbedingte, teils verfallsbedingte Baulücken konnten wieder geschlossen, viele Gebäude erfolgreich saniert werden. Dennoch sind auch 20 Jahre nach Beginn der Stadtsanierung zahlreiche Bauflächen ungenutzt und in einem z.T. verwahrlosten Zustand. Sie werden als Müllablagerungsflächen oder »wilde Parkplätze« mißbraucht. Dabei könnten diese Flächen mit einfachen Begrünungsmaßnahmen ökologisch und städtebaulich aufgewertet werden. Sofern der städtebauliche Rahmenplan eine Wiederbebauung der brachliegenden Grundstücke vorsieht, können temporäre Begrünungsmaßnahmen dazu dienen, in der Übergangszeit bis zur baulichen Reaktivierung, mit freiraumplanerischen Mitteln Zwischennutzungen zu initiieren und das Stadtbild aufzuwerten.

In einer öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltung sollen am 16. Mai beispielhafte Möglichkeiten zur Umgestaltung von Brachflächen vorgestellt werden und Anlieger zum Mitmachen animiert werden. Der Sanierungsbeirat der Stadt Eberswalde, die Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (FH) und die Stadt Eberswalde laden im Rahmen der Veranstaltungsreihe »Bauen im Sanierungsgebiet« dazu in die Alte Forstakademie (Schicklerstraße) ein. Der Eintritt ist frei.

Prof. Dr. JÜRGEN PETERS

Programm:

- 18.00 Einführung und Moderation (Anne Fellner/Prof. Dr. Jürgen Peters)
- 18.10 Möglichkeiten temporärer Begrünungen am Beispiel ausgewählter Brachflächen in der Altstadt Eberswalde (Prof. Dr. Jürgen Peters)
- 18.40 Grundsätze der Begrünung von Brachflächen (Jochen Brehm – Sachverständigenbüro Bestensee)
- 19.00 Finanzierungsmöglichkeiten durch den Umweltpreis der Stadt (Petra Fritze)
- 19.15 Anforderungen an die Begrünung von Brachflächen aus Sicht des Naturschutzes (ALNUS e.V.)
- 19.30 Diskussion
- 20.00 Ende der Veranstaltung

**Barnimer Bürgerpost abonnieren!**

Tel.: 0 33 34 / 35 65 42, Fax: 0 18 05 / 22 10 40 973  
eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

1995 erklärte die UNESCO den 23. April zum »Welttag des Buches«, dem weltweiten Feiertag für das Lesen, für Bücher und die Rechte der Autoren. Anlässlich dieses Jahrestages lud die Buchhandlung Mahler in Eberswalde Grundschulklassen und Kindergarten-Gruppen zur Vorlesestunde ein. Die Bundestagsabgeordnete Sabine Stüber (DIE LINKE) war gern als Vorleserin dabei und konnte mit Vergnügen in strahlende Kinderaugen blicken, als

## Sandberge in der Flußbaue?

Bemerkungen zur Vorplanung Stadtpromenade Finowkanal

**Der Beschlußvorschlag, der am 28. April auf der Tagesordnung der Stadtverordneten stand, lautet: »Die StVV beschließt die Vorplanung für den Ausbau der Stadtpromenade am Finowkanal...«. Bekanntermaßen bedeutet die Entscheidung über die Vorplanung nicht nur die bloße Befürwortung für die Umsetzung der Maßnahme »Stadtpromenade«, sondern es wird mit der Entscheidung auch die Richtung vorgegeben, wie diese Promenade letztlich aussehen wird. Spätere Kritiken können mit Verweis auf die Zustimmung zur Vorplanung leicht vom Tisch gewischt werden.**

Ein früher Entwurf für die »Stadtpromenade« wurde im vorigen Jahr dem Sanierungsbeirat vorgestellt. Bereits damals wurde von Mitgliedern des Sanierungsbeirats kritisiert, daß die geplante Aufschüttung vom Kanal zur Straßenkreuzung (bzw. zum künftigen Kreisell) einen unverhältnismäßigen Eingriff in die ohnehin nur noch in Resten bestehende Auenlandschaft an der Schwärzemündung in den Finowkanal darstellt. Leider blieben diese Hinweise bei der Erstellung des jetzt vorliegenden Vorentwurfs völlig unberücksichtigt.

**Die Aufschüttung eines Hangs vom Finowkanal bis zum Niveau der Straßenkreuzung sollte unbedingt verhindert werden!**

Das Vorhaben, das Südufer des Finowkanals zwischen Stadtschleuse und Wilhelmsbrücke mit einer Promenade zu erschließen, ist generell lobenswert. Viele Ideen des vorliegenden Vorplanungsentwurfs finden auch meine Zustimmung. Es leuchtet jedoch nicht ein, wieso die Erschließung des Finowkanalsüdufers einhergehen muß mit einer massiven Zerstörung des ohnehin nur noch in Rudimenten vorhandenen Naturraums.

Ähnlich wurde unlängst im Umfeld der »Mikadobrücke« vorgegangen, wo über der letzten einigermaßen erhaltenen bzw. durch Altlastenentsorgung wieder reaktivierbaren Aue der Schwärze durch massiven Bodenauftrag eine Steinlandschaft mit Parkplatz, Spielgelegenheiten und Rollrasen entstand.

Eine Umsetzung der vorliegenden Vorplanung setzt voraus, daß fast der gesamte vorhandene Baumbestand in der Niederung zwischen Finowkanal, Schwärze und den Straßen an der Kreuzung an der Friedensbrücke entfernt wird. Die geplante Hanggestaltung schließt ein, daß über dem Auengrund Umwegen an Sand aufgebracht werden. Inwiefern dort Torfschichten existieren, die durch den Sandauftrag beschädigt werden, kann nur vermutet werden. Die Hanggestaltung verändert die vorhandene Landschaft grundlegend. Das aktuelle Geländeniveau ist relativ grund-

wassernah. Der vorhandene Baumbestand dürfte dem entsprechen. Durch die Hanggestaltung wird das Geländeniveau im Mittel um schätzungsweise 1,50 bis 2 Metern angehoben. Die neu zu pflanzenden Bäume sind daher auf natürlichen Niederschlag oder Zusatzbewässerung angewiesen. Die Baumauswahl muß diesen Bedingungen entsprechen. Demnach werden nicht nur die Einzelbäume ausgewechselt, sondern es ändert sich auch die Artzusammensetzung der Bäume. Abgesehen davon soll ein etablierter Baumbestand durch anfällige Jungbäume ersetzt werden, die günstigenfalls erst nach vielen Jahren den jetzigen Bestand tatsächlich ersetzen können.

Darüberhinaus sollte bedacht werden, daß durch die Hanggestaltung die für die Erholung nutzbare Fläche erheblich eingeschränkt wird. Gegenwärtig wirkt der Raum unterhalb der Straßenböschung als relativer Ruhepunkt. Lärm und Staub der Straße gehen zum einen über die Niederung hinweg und werden zum Teil durch den vorhandenen Baumbestand gedämmt. Durch den konzipierten Hang hingegen wirken Straßenlärm und -dreck kaum behindert bis zur geplanten Promenade.

Der Entwurf der Vorplanung sollte dahingehend überarbeitet werden, daß die Bäume in der Niederung zwischen Finowkanal, Schwärze und der Kreuzung an der Friedensbrücke erhalten werden. Auf die Hanggestaltung und den damit zusammenhängenden Bodenauftrag ist zu verzichten. Die vorhandene Niederung sollte als Erholungsraum erhalten bleiben und in die Gestaltung der Stadtpromenade einbezogen werden. Ähnliches gilt für den vorgeschlagenen »Stadtpark Ost« in Richtung Schleuse.

Die alternativ vorgeschlagenen Bebauungsvarianten mit Hotel, Wohnungen und Gewerbe – sowohl für den »Stadtpark Ost«, als auch im »Baufeld West« – entsprechen sehr wahrscheinlich nicht dem aktuellen und zukünftigen Bedarf in Eberswalde.

GERD MARKMANN, Mitglied im Sanierungsbeirat der Stadt Eberswalde

## Vorlesen am Welttag des Buches

diese der Geschichte der »Olchis« lauschten. Die nächste Gruppe wartete schon auf das Vorlesen, als einige Kinder dann baten: »Lesen Sie doch bitte weiter«, konnte Frau Stüber einfach nicht widerstehen und gönnte den Kinder und sich selbst noch ein paar Minuten Lesevergnügen zusätzlich. »Es ist ein wunderbares Gefühl, in große, neugierige Kinderaugen zu blicken und zu

wissen, welche Freude die Kinder bei der Lese stunde hatten. Wir sollten uns vielmehr Zeit nehmen, unsere Kinder für das Lesen zu begeistern. Lesen schafft Wissen. Lesen regt die Fantasie an. Lesen macht Freude. Das dürfen wir unseren Kindern nicht vorenthalten«, so Sabine Stüber im Anschluß an die Veranstaltung.

JANA MULEMBA

## Zuschuß trotz 100-Prozent-Auslastung

*Innovations- und Gründerzentrum mutierte zum reinen Vermieter*

**Eberswalde (bbp).** Auf der Kreistagssitzung am 4. Mai im Eberswalder Kreishaus am Markt stand unter anderem die Vorlage »Zahlungsvereinbarung zwischen dem Landkreis Barnim und der InnoZent« auf der Tagesordnung. Die Innovations- und Gründerzentrum GmbH Eberswalde arbeitet ein mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Eberswalde (WFGE) zusammen. Seit einigen Jahren werden die Geschäfte der InnoZent GmbH von der WITO Wirtschafts- und Tourismusfördergesellschaft Landkreis Barnim besorgt. InnoZent hat seither kein eigenes Personal. Die Geschäftstätigkeit beschränkt sich im wesentlichen auf die Vermietung der Räumlichkeiten auf dem InnoZent-Grundstück.

Die Zahlungsvereinbarung garantiert einen jährlichen Zuschuß von 170.000 Euro seitens des Landkreises und hat zum Ziel, die Liquidität der InnoZent langfristig zu sichern, nachdem schon seit 2008 Zuschüsse in gleicher Größenordnung gezahlt wurden. Damit soll eine Verlängerung des Darlehensvertrages mit der Sparkasse zu günstigen Zinskonditionen gewährleistet werden. Die Sparkasse hatte 2001 für die Finanzierung der InnoZent-Immobilien ein Darlehen gewährt, dessen Zinsbindungsfrist im September 2011 ausläuft. Für die Restschuld von 1,5 Millionen Euro hat die Sparkasse einen neuen Zinssatz von 8,1 % angeboten, gegenüber bisher 5,8 %. Das entspricht einer jährlichen Mehrbelastung von 34.600 Euro für die InnoZent. Die Sparkasse Barnim begründete den höheren Zinssatz mit dem höheren Risiko für die Gesellschaft, aufgrund der Immobilienauslastung von lediglich 67 % und strengerer Maßstäbe infolge der Finanzkrise. Inzwischen ist »durch erfolgreiches Marketing der WITO und in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung der Stadt Eberswalde«, insbesondere durch die Ansiedlung des Callcenters von Eon.e.dis, die Immobilienauslastung auf 100 % gestiegen. Dies und die Garantiezahlungen des Landkreises hätten die Sparkasse bewogen, die Zinsforderungen um zwei Prozentpunkte zu senken. Zudem sollen Angebote von Konkurrenzunternehmen der kreiseigenen Sparkasse eingeholt werden.

Trotz der 100 % Immobilienauslastung benötigt die ohne Personal agierende und auf das Immobiliengeschäft reduzierte InnoZent einen jährlichen Zuschuß des Landkreises von 170.000 Euro.

## Keine Massentierhaltung in Klein Ziethen

**Zietzen (bbp).** Der Kreis- und Landtagsabgeordnete der LINKEN Dr. Michael Luthardt und die Bundestagsabgeordnete Sabine Stüber wenden sich entschieden gegen die geplante Ferkelaufzucht in Klein Ziethen. »Dieses Vorhaben widerspricht eindeutig den Zielen des Biosphärenreservats Schorfheide-Chorin, wo eine

Die Fraktion Grüne/Bündnis für ein demokratisches Eberswalde wollte die Kreistagsvorlage nicht einfach durchwinken. »Vor der Entscheidung über die langfristige Gewährung von Zuschüssen«, warf Albrecht Triller vom Bündnis für ein demokratisches Eberswalde ein, sei zu prüfen, »ob die der Gesellschaft zugedachten Aufgaben auch anders und effektiver gelöst werden können. Wir halten es für bedenklich, daß die Sparkasse sich aus der Gesellschafterrolle bei der InnoZent zurückgezogen hat und das Finanzierungsrisiko höher gestuft hat. Die damit gesetzten Fragezeichen dürfen nicht ignoriert werden.«

Dem in der Präambel der Zahlungsvereinbarung formulierte Zweck, wonach InnoZent »die Gründung und Entwicklung innovativ- und technologieorientierter Unternehmen organisatorisch, wirtschaftlich und technologisch ... unterstützen« soll, stehe entgegen, daß sich die Geschäftstätigkeit seit 2004 im wesentlichen auf die Vermietung der Immobilien beschränke. Zudem fehle der Gesellschaft schlicht das Personal für solche Aufgaben. Desweiteren seien »die satzungsgemäßen Aufgaben weitgehend identisch sind mit denen der WITO«, die zudem die InnoZent-Betriebsführung wahrnehme. »Die InnoZent GmbH hat damit ihren eigentlichen Geschäftszweck verloren und ist zu einem reinen Vermieter geworden. Mit den Zuschüssen des Landkreises werden folglich nur noch die Verluste aus der Immobilienverwaltung ausgeglichen.«

Die Fraktion halte daher die weitere Bezuschussung der InnoZent GmbH nicht mehr für gerechtfertigt. Die anstehenden Finanzierungsprobleme seien auf anderem Wege lösbar. »Dafür schlägt die Fraktion Grüne/Bündnis für ein demokratisches Eberswalde folgende Möglichkeiten vor:

1. Die InnoZent GmbH wird auf die WITO verschmolzen. Das Immobiliengeschäft wird eingestellt, wenn es sich nicht selbst trägt.
2. Die InnoZent GmbH wird aufgelöst. Die Immobilienverwaltung erfolgt durch den Landkreis.
3. Die Immobilien werden verkauft. Die InnoZent GmbH wird aufgelöst

Bei Nutzung von einer der drei dargestellten Alternativen erübrigt sich die vorgeschlagene Zahlungsvereinbarung. Gleichzeitig wird das Verlustgeschäft aus der Vermietung der Räume auf dem Grundstück der InnoZent GmbH beendet.

Aus diesen Gründen wird unsere Fraktion der Vorlage nicht zustimmen und empfiehlt der Verwaltung, die Vorlage zurückzuziehen.«

nachhaltige und ökologische Landwirtschaft gefördert ist. Die Anwohner und die Landschaft werden mit Verkehr, Lärm und Stoffeintrag belastet. Profitabel ist es nur für wenige auswärtige Investoren.« Luthardt sieht in erster Linie den Landkreis in der Pflicht, das Veto der Gemeindevertreter von Ziethen zu akzeptieren.

## Ehrendes Gedenken

**Eberswalde (bfg).** Am 6. April fand die Kranzniederlegung zum 45. Jahrestag des Flugzeugunglücks am Stößensee auf dem Garnisonfriedhof in Eberswalde, Heegermühler Straße statt. An dieser nahm von der Botschaft der Russischen Föderation, Oberst i. G. Mikhail J. Starov, Luftwaffenattache teil. Weitere Teilnehmer kamen aus Berlin, Potsdam, Bernau und Eberswalde.



Sie alle gedachten der Heldentat der beiden Piloten Boris Wladislawowitsch Kapustin (Rostow am Don) und Juri Nicolajewitsch Janow (Wjasma), die ihr Leben gaben, um viele Menschen in Berlin Spandau am Stößensee vor einem Unglück zu bewahren. Der Vorsitzende der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft (BFG) Eberswalde Waldemar Hickel, gab einen kurzen Einblick auf die Gedenkfeier im April 1966 und verwies dann auf die geschichtlichen Ereignisse danach.

Er übermittelte liebe Grüße von der Witwe des Piloten Boris Kapustin, Galina Kapustina, die sich immer wieder für die vielen Aktivitäten der BFG-Mitglieder zur Bewahrung des Andenkens ihres Mannes und seines Kameraden Juri Janow bedankt. Weiterhin teilte der Redner mit, daß auch liebe Grüße vom FGU des Hauses der Offiziere des Militärbezirkes Süd in Rostow am Don eingegangen sind. Sie danken den deutschen Freunden für all ihre Bemühungen zum Gedenken an die beiden Piloten Boris Kapustin und Juri Janow. Die Teilnehmer gelobten, diese menschlich große Tat der beiden Piloten in Ehren zu halten und stetig daran zu erinnern.

Anschließend fand in der Freien Oberschule Finow in der Biesenthaler Str. 14-15 eine weitere Veranstaltung statt. Es wurde ein neuer Film über Boris Kapustin gezeigt, für den die junge Moskauer Regisseurin Jewgenia Naryshkina mit einem Preis ausgezeichnet worden war. Anschließend konnten sich die Teilnehmer über die geschichtlichen Ereignisse des Flugzeugunglücks informieren. Dazu lagen geschichtliche Dokumente vor, die in der nächsten Zeit weiter ergänzt werden sollen.

Im Gespräch konnten viele Fragen behandelt und neue Ansatzpunkte zur weiteren Erforschung von Ursachen und Verlauf des Absturzes angesprochen werden.



# Versammlungsverbot in Eberswalde

Polizei untersagt Bürgertreffen der »Neuen Spartakusgruppe« am Max-Reimann-Denkmal

**Eberswalde (bbp).** Karl-Heinz Blättermann hatte namens der im Januar gegründeten »Neuen Spartakusgruppe« für Montag, den 2. Mai, und danach jeden 1. Montag im Monat, jeweils von 10 bis 12 Uhr, eine öffentliche Veranstaltung am Denkmal von Max Reimann an der Ecke Frankfurter Allee/Gubener Straße angemeldet. Als Motto für die Versammlung wurde auf das »Kampfprogramm der Neuen Spartakusgruppe« verwiesen. Darin bezeichnet sich die Gruppe als »Bürgerinitiative gegen Machtmißbrauch, sozialen Mord und Rechtsbeugung durch den Unrechtsstaat BRD und dessen Handlanger (Staatsanwaltschaft, Richter, Polizei, Behörden)«. Ihr »Kampf mit Feder & Papier« trage »auf friedlich aggressive Weise« den Stafelstab zum EU-Gerichtshof für Menschenrechte. Diese würden »in dem Verbrecherstaat BRD mit Füßen getreten«. Mit Verweis auf das »Kampfprogramm« verfügte die Führungsstelle des Schutzbereichs Barnim das Verbot der Versammlung. Und zwar mit sofortigem Vollzug.

Allerdings wurde der Bescheid dem Veranstalter erst am 29. April (Freitag), um 12.30 Uhr, persönlich zugestellt. Durch die kurze Frist wurde ein rechtzeitiges juristisches Vorgehen gegen das Verbot faktisch unmöglich gemacht. Blättermann widersprach dem Verbotsbescheid und legte beim Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder) Rechtsmittel gegen den sofortigen Vollzug ein.

Als Begründung für ihr Versammlungsverbot hatte die Führungsstelle der Bernauer Polizeiwache zum einen die Aussage herangezogen, wonach »Menschenrechte ... in dem Verbrecherstaat BRD mit Füßen getreten« werden. Dies wertet die Verbotsbehörde als Verunglimpfung des Staates gemäß § 90a des Strafgesetzbuches. Daraus folgt, daß es künftig unter Strafe steht und verboten ist, die Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit »Hartz IV« und ähnlichen sozialen Benachteiligungen oder im Umgang mit ehemaligen DDR-Bürgern auch nur als solche zu benennen. Gleiches gilt für den Vorwurf der Verletzung von Menschenrechten bis hin zum Massenmord im Zusammenhang mit den Auslandskriegseinsätzen der Bundeswehr. Nach der Kriegsbeteiligung in Jugoslawien kommt hier als ein Ereignis der jüngsten Zeit die Tötung von mehr als 142 Menschen in Afghanistan auf Befehl eines Bundeswehroffiziers am 4. September 2010 in Betracht. Die Beteiligung an Angriffskriegen stellt auch nach den Gesetzen der BRD ein Verbrechen dar. Allein infolge der direkten oder indirekten Beteiligung der BRD an den Angriffskriegen der NATO in den letzten Jahren gegen Jugoslawien, Irak, Afghanistan und Libyen sollte die Bezeichnung »Verbrecherstaat« zumindest als Vermutung zulässig sein.

Einen weiteren Verbotsgrund sieht die Polizeiwachsführungsstelle in der Formulierung »...Unrechtsstaat BRD und dessen Handlanger (Staatsanwaltschaft, Richter, Polizei, Behörden)«. Dies wird seitens der Verbotsbehörde als Volksverhetzung gem. § 130 Abs. 1 StGB interpretiert, »die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, zum Haß gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt«. Die als Handlanger bezeichneten Staatsbediensteten wertet die Verbotsbehörde hierbei als »Bevölkerungsteil«, gegen den »zum Haß aufgestachelt« werde. In seinem Widerspruch gegen das Verbot weist Blättermann darauf hin, daß die Verwendung des Begriffs »Unrechtsstaat« und selbst das übersteigerte Synonym »Verbrecherstaat« in der politischen Po-



**Staatsmacht macht sich lächerlich:** Mit einem »Polizeiaufgebot«, bestehend aus dem örtlichen Revierpolizisten, setzte der Schutzbereich das Versammlungsverbot am 2. Mai durch. Eine Polizeireform scheint da mehr als notwendig.

lemik auch für den Staat BRD hingenommen werden müsse, solange diese Begriffe ungestraft zur Charakterisierung des Staates DDR verwendet werden.

Als völlig absurd bezeichnet Blättermann die Versuche der Verbotsbehörde, die »Darstellung der Köpfe von Gegnern tatsächlicher Unrechtssysteme ...« dahingehend auszulegen, »daß die BRD dem System des nationalsozialistischen Deutschen Staates von 1933 bis 1945 gleichgestellt wird«. Es ist nicht zu leugnen, daß sich die BRD als Rechtsnachfolgerin des sogenannten Dritten Reiches sieht. Desweiteren entspricht es den Tatsachen, daß sich das Personal für den Beamtenapparat der Bundesrepublik, hier insbesondere das Justizwesen, die Polizei, die Geheimdienste und später die Bundeswehr, zu einem großen Teil aus dem Personalpool des Nazi-Regimes rekrutiert hat (vgl. Seite 6).

»Doch ob ein Vergleich zwischen der BRD und dem faschistischen Regime tatsächlich unverhältnismäßig ist oder nicht«, so Blättermann, »muß hier gar nicht diskutiert werden, da die Auslegung der Verbotsbehörde selbst völliger Unsinn ist.« Hier werde ein Sinnzusammenhang konstruiert, der nicht da ist.

Mit der Darstellung der »Köpfe« wird lediglich auf die politischen Traditionen hingewiesen, auf welche sich die Mitglieder der »Neuen Spartakusgruppe« beziehen. Bereits der Name bezieht sich auf die Vorgängerorganisation der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), der Spartakusgruppe. Die sieben dargestellten »Köpfe« gehören führenden Politikern der KPD zu Zeiten der Weimarer Republik. Zwei von ih-

nen, Ernst Thälmann und Ernst Schneller wurden von den Faschisten ermordet, drei andere, Clara Zetkin, Fritz Heckert und Wilhelm Florin, starben 1933, 1936 bzw. 1944 in der Sowjetunion eines natürlichen Todes. Bei den beiden verbleibenden abgebildeten KPD-Politiker handelt es sich um Wilhelm Pieck, dem ersten Präsidenten der DDR, und Walter Ulbricht, dem späteren 1. Sekretär der SED und Staatsratsvorsitzenden der DDR.

Schließlich versucht man sich gar in einer phantasievollen Deutung des Begriffs »Kampfprogramm«: Das »Wortteil Kampf (deutet) auf eine Bekämpfung nicht nur des Staates, sondern seiner unwürdigen 'Handlanger' hin, was wiederum als Propagierung der Unwürdigkeit der Existenz dieser Berufsgruppen auszulegen ist.« Davon abgesehen, daß das Wort »unwürdig« im »Kampfprogramm« nicht vorkommt, weiß jeder, der sich einigermaßen mit der DDR-Historie auskennt, daß damals jede Pioniergruppe ihr »Kampfprogramm« im Altstoffsammeln hatte. Entgegen der phantastischen Auslegung durch die Verbotsbehörde wird im zitierten »Kampfprogramm« selbst konkret dargelegt, daß die »Neuen Spartakusgruppe« ihren Kampf »mit Feder & Papier« und »friedlich« führen will und der »Stafelstab zum EU-Gerichtshof für Menschenrechte« getragen werden soll. Auch aus dem hier verwendeten Wort »aggressiv«, läßt sich nicht herausdeuten, hier werde eine andere Form als die Meinungsäußerung und die Nutzung juristischer Mittel angestrebt.

Weil die eingelegten Rechtsmittel nicht mehr rechtzeitig wirken konnten, sagte Karl-Heinz Blättermann allen potentiellen Versammlungsteilnehmern ab. Er selbst erschien am Veranstaltungsort, um mögliche Teilnehmer über das Verbot und die daraufhin erfolgte Absage zu informieren. Die Tageszeitung sprach indes mit Bezug auf Polizeisprecherin Martina Schaub von einem »Polizeiaufgebot«, welches sichergestellt habe, »daß das Verbot eingehalten wurde«. Das »Polizeiaufgebot« bestand aus dem örtlichen Revierpolizisten. Die von der MOZ verwendete Charakterisierung der Veranstaltung als »linksradikal« hingegen geht auf eine Eigenschöpfung der Tageszeitung zurück. Einen »linksradikalen« Hintergrund vermutete nicht einmal der phantasiebegabte Schreiber des Verbotsbescheides.

Blättermann sieht sein Engagement durch das Versammlungsverbot gestärkt. Die »Neue Spartakusgruppe« sei »auf dem richtigen Weg,

# Brüderle in der Netzausbauoffensive

Vom novellierten Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) zum Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG)

**Vollmundig erklärte der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Brüderle laut einer Pressemitteilung von 21.3.2011 beim Sonder-Energierat in Brüssel: »Netzausbau ganz oben auf meiner Agenda«, um dann »Eckpunkte« für ein neues Gesetzesvorhaben, das Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) vorzulegen.**

Ausgangspunkt ist die im November 2010 vorgelegte zweite Studie der Deutschen Netzagentur (dena), in der bis zum Jahr 2020 ein forcierter Ausbau des Höchstspannungsnetzes (380 kV) in der Größenordnung von zusätzlichen 3.600 km neuer Leitungen (gemeint sind Freileitungen) gefordert wird. Das Höchstspannungsnetz soll enghaschiger, die Leitungen stärker und die Masten höher werden.

Begründet wird dieser Ausbaubedarf mit der Einspeisung »erneuerbarer Energien« und der Einbindung des bundesdeutschen Netzes in das europäische Netz zur Herstellung eines europäischen Strommarkts. Bei den geplanten 3.600 km neuen Leitungen handelt es sich in der Regel um Freileitungen, denn die dena hält den Freileitungsbau für alternativlos. Erdkabel, so die alte Leier, seien zu teuer und zu stör anfällig und auch die Hochspannungsgleichstromübertragung (HGÜ) komme für den Netzausbau nur partiell in Frage. Diese Netzausbaupläne stießen bei den Umweltverbänden auf herbe Kritik und auch die Deutsche Umwelthilfe ging auf Distanz zu dieser Studie.

Im Jahr 2005 hatte die dena bereits eine erste Netzstudie vorgelegt und den Ausbaubedarf im Höchstspannungsnetz bis zum Jahr 2015 auf 850 km prognostiziert. Davon sind bisher weniger als 100 km realisiert. Der Ausbau kommt also nur schleppend voran. Die Netzbetreiber scheinen der Netzstudie der dena bei ihren Investitionsentscheidungen nicht so ein großes Gewicht beizumessen, wie in ihren öffentlichen Stellungnahmen zum

Netzausbaubedarf. Um den Netzausbau zu beschleunigen wurde im Mai 2009 das Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) verabschiedet. Hier wurden 24 beschleunigt auszubauende Höchstspannungstrassen aufgeführt und bei vier Pilotprojekten die Möglichkeit zu einer teilweisen Erdverkabelung eröffnet, sofern die Netzbetreiber dies beantragen. Weil die Netzbetreiber diese Möglichkeit nicht nutzten, wurde das EnLAG auf Initiative des Wirtschaftsministeriums dahingehend novelliert, daß die Genehmigungsbehörde bei den vier Pilotprojekten eine teilweise Erdverkabelung in sensiblen Bereichen anordnen kann (vgl. BPP 6/2009: »Soeben beschlossen - schon novellierungsbedürftig«). Das EnLAG hat also bisher für den Netzausbau kaum eine nennenswerte Wirkung entfaltet.

Brüderle diagnostiziert drei Ursachen für den schleppenden Netzausbau, die er mit seinem neuen Gesetz beheben möchte: Die »Länge der Genehmigungsverfahren, Akzeptanzprobleme vor Ort und die richtigen Investitionsbedingungen«. Im Klartext heißt das, Abbau von Beteiligungsrechten der Betroffenen und der gesetzlichen Umweltschutzbestimmungen, greenwashing des Freileitungsbaus und eine großzügigere Auslegung der umlagefähigen Investitionen beim Netzausbau – also eine Erhöhung der garantierten Rendite für die Netzbetreiber und damit steigende Stromkosten.

Nicht alle diese Punkte lassen sich durch die Formulierung eines neuen Gesetzes, des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes (NABEG) er-

reichen. Deshalb wurde im Wirtschaftsministerium eine Plattform »Zukunftsfähige Netze« eingerichtet, ein Diskussionskreis der wichtigsten Interessenträger für den Netzausbau. Die Bürgerinitiativen gegen den Freileitungsbau werden dazu nicht eingeladen.

Die Auswirkungen des NABEG liegen auf der Hand: Gerade durch den Abbau der Beteiligungsrechte der Betroffenen und die Eingriffe in die Umweltschutzbestimmungen (inkl. Naturschutz) werden die Konflikte um den Netzausbau zunehmen und intensiviert. Die »Akzeptanzoffensive« für den Bau neuer Freileitungen – das ist gemeint, wenn vom Netzausbau gesprochen wird, wird die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung weiter erschüttern, wenn die Fragwürdigkeit des geplanten Netzausbaus deutlich wird. In dem Maß, in dem ein überdimensionierter Netzausbau realisiert wird und die Netzbetreiber mehr und mehr Netzausbaukosten auf den Verbraucher abwälzen können, werden die Strompreise steigen. Unter dem Strich wird sich das NABEG schon rechnen, allerdings allein für die Netzbetreiber.

Im Zentrum der Diskussion, die geführt werden müßte, steht aber die Frage, wie kann nach der Wende in der Energiepolitik eine Wende im Netzausbau herbeigeführt werden? Vom Freileitungsbau zu einem umwelt- und sozialverträglichen Netzausbau der transparent, nämlich mit effektiver Bürgerbeteiligung auf allen Planungsebenen, erfolgt. Dazu ist von Brüderle nichts zu hören.

HARTMUT LINDNER

## Trassenplenium in der Blumberger Mühle

Die Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat« lädt für den 20.5.2011 um 18 Uhr zum Trassenplenium. Dabei geht es um »Wege und Holzwege zur Erdverkabelung der 'Uckermarkleitung'«. In der Einladung heißt es:

»Gegenwärtig läuft das Planfeststellungsverfahren für die höchst umstrittene 380-kV-Freileitung von Bertikow (bei Prenzlau) nach Neuenhagen (bei Berlin). Während der öffentlichen Auslegungsfrist sind 1.233 Einwendungen von betroffenen Bürgern und Anliegern und über 70 Stellungnahmen von Trägern Öffentlicher Belange eingegangen. Der Widerstand gegen die geplante 380-kV-Freileitung ist stark und gut begründet. In vielen Stellungnahmen und Einwendungen wird die Erdverkabelung der 380-kV-Freileitung gefordert, die seit langem durch die Bürgerinitiative propagiert wird. Wie ist diese Forderung durchsetzbar? Nur durch gemeinsames Handeln aller in der Trassenregion an einer umweltverträglichen Lösung engagiert arbeitenden politischen Kräfte!

Im Brandenburgischen Landtag wird zur Zeit über ein Brandenburgisches Erdkabelgesetz debattiert, das gemeinsam von den Fraktionen der Grünen und der FDP eingebracht wurde. Das Wirtschaftsministerium favorisiert dagegen eine bundeseinheitliche Regelung möglicherweise durch eine Ergänzung und Präzisierung des Energieleitungsausbaugesetzes.

Beim Trassenplenium, dem Treffen der engagierten Mandatsträger und Trassenanlieger soll über die Möglichkeiten und Chancen der Erdverkabelung informiert und begründet Stellung bezogen werden. Gefragt sind Perspektiven des gemeinsamen Handelns.«

Die Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat« wird über den aktuellen Stand des Konflikts informieren und einen Resolutionsentwurf einbringen.

Das NABU-Informationszentrum Blumberger Mühle finden Sie im Angermünder Ortsteil Kerkow.

HARTMUT LINDNER

## Mehrkosten gerecht verteilen

**Potsdam (bbp).** »Die Mehrkosten einer Erdverkabelung im Höchstspannungsbereich müssen gerecht verteilt werden«, sagte die bündnisgrüne Bundestagsabgeordnete Cornelia Behm anlässlich der Debatte zur Erdverkabelung. Dies sei »ein wesentlicher Beitrag zur Steigerung der Akzeptanz in der Bevölkerung.« Bisher gehen die Netzausbaukosten in die Netzentgelte des lokalen Netzbetreibers und damit in den Strompreis ein. »Wenn die Regionen, in denen ein deutlicher Überschuss an Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt und exportiert wird, auch noch durch höhere Nutzungsentgelte belastet werden, ist das den Einwohnern nicht zu vermitteln.«

Cornelia Behm weist deshalb auf einen Beschluß ihrer Bundestagsfraktion vom 13. Januar 2011 hin, in dem es um einen nationalen und europäischen Ausgleichsmechanismus für die Kosten des Netzausbaus geht. »Wir streben für den innerdeutschen Netzausbau eine faire Kostenverteilung an und werden entsprechende Schritte prüfen.«, so Behm.

## Hintergrund:

Die Lieken AG (ehemals Kamps AG) mit Sitz in Düsseldorf ist ein führender deutscher Backwarenhersteller. Er besteht aus dem Geschäftsbereich Lieken Brot- und Backwaren GmbH mit eigenständigen Produktionsstätten, darunter der Großbäckerei in Bernau. Golden Toast und Lieken Urkorn sind Marken der Lieken Brot- und Backwaren GmbH. Zum Lieken Konzern gehört zudem das Logistikunternehmen Logi-K. Die Lieken AG beschäftigt rund 5.000 Mitarbeiter (2010) und erwirtschaftete 2009 einen Umsatz von 1 Milliarde Euro. Die Lieken Brot- und Backwaren GmbH beliefert täglich rund 18.000 Filialen des Lebensmitteleinzelhandels in Deutschland mit frischem Brot und frischen Backwaren der Marken Golden Toast und Lieken Urkorn sowie Eigenmarken für Handelsunternehmen und Bake off-Produkten.

1982 hatte Heiner Kamps die erste Kamps-Bäckerei in Düsseldorf eröffnet. Fünfzehn Jahre später kulminierte die Expansion in der Übernahme diverser Filialbäckereien und der Umwandlung des Unternehmens in eine börsennotierte Aktiengesellschaft (Kamps AG). Mit der Übernahme der Wendeln-Gruppe zum 1. Januar 2000 stieg die Kamps AG in das Lebensmitteleinzelhandelsgeschäft und damit in das SB-Backwarengeschäft ein und wurde zur führenden Bäckerei Europas. Die Wendeln-Gruppe vertrieb Backwaren der nationalen Marken Lieken Urkorn und Golden Toast sowie Backwaren für Handelsmarken und Bake off-Stationen.

Zwei Jahre später übernahm die italienische Barilla-Gruppe einen Großteil der Kamps-Aktien und der Unternehmensgründer Heiner Kamps stieg komplett aus dem Unternehmen aus. 2004 übernahm Barilla die noch verbleibenden Aktienanteile. Am 17. März 2008 firmierte die Unternehmensgruppe um und heißt seither Lieken AG. Aus dem Lebensmitteleinzelhandel-Geschäftsbereich wurde Lieken Brot- und Backwaren GmbH und aus dem Bäckerei-Filial-Geschäft Kamps Bakeries GmbH wurde Kamps GmbH. Im August 2010 wurden die fünf Handwerksbäckereien und 900 Filialen von Kamps (Umsatz 2009: 300 Mio. Euro) an den Finanzinvestor ECM Equity Capital mit Sitz in Frankfurt am Main veräußert.

Die Marken Lieken Urkorn und Golden Toast verblieben bei der Barilla-Gruppe und werden unter der Lieken AG weitergeführt.

Seit Februar 2011 ist der 51-jährige Ex-Bundeswehroffizier und vormalige Unternehmensberater Thomas Höring Vorstandsvorsitzender der Lieken AG. Nach seinem Abschied von der Bundeswehr im Jahr 1992 sammelte er Führungserfahrungen in der Schickedanz AG Nürnberg, der Bremer Woll-Kämmerei AG, bei Campina und Müllermilch.

Quellen: Wikipedia, www.lieken.de, www.bwk-bremen.de

# Rettungskonzept für Großbäckerei

Übernahme des Betriebes der Lieken AG in Bernau in Eigenregie prüfen

**Bernau (bm/bbp).** Ende April hat die Bundestagsabgeordnete der Linken Dr. Dagmar Enkelmann neue Wege für den Erhalt der von Schließung bedrohten Großbäckerei Bernau vorgeschlagen. Von den Eigentümern, der zum italienischen Barilla-Konzern gehörenden Lieken AG, seien »offenkundig keine Ideen für die Zukunft zu erwarten – sie bevorzugen einen Tod auf Raten. Dem sollten wir zuworkommen und versuchen, ein eigenes Rettungskonzept auf die Beine zu stellen«, fordert Enkelmann. »Ich kann nicht einsehen, daß ein so leistungsfähiger Betrieb mit dieser kämpferischen Belegschaft keine Chance haben soll. Die Gelder, mit denen der Konzern möglicherweise die Schließung finanzieren will, wären als Startkapital in eine neue Zukunft viel besser aufgehoben«, betont Enkelmann. Daher solle die Übernahme des Betriebes in Eigenregie der Belegschaft geprüft werden.

Der konkrete Weg, wie der Betrieb in Eigenregie kommt, könnte, so Enkelmann weiter, vielfältig sein. So sei eine Übernahme durch die ganze Belegschaft oder nur durch einige, ein so genanntes Management-Buy-Out (MBO), möglich. Denkbar wäre auch die Gründung einer Genossenschaft oder die befristete Beteiligung der öffentlichen Hand. Die Bundestagsabgeordnete hat insbesondere für ihren Vorschlag zu einer Belegschaftsübernahme durch ein MBO in Schreiben an den Betriebsratsvorsitzenden der Großbäckerei, den Vorstandschef der Lieken AG und den Wirt-

schaftsminister des Landes geworben. In der Backwarenbranche gebe es, heißt es darin u.a., bereits Beispiele für vollständige oder teilweise Übernahmen durch MBO.

Dazu gehören die aus dem Backkombinat Neubrandenburg hervorgegangene »De Mäkelbörger Backwaren GmbH«, ein heutiger Großbäcker und Tiefkühlkuchen-Spezialist mit rund 120 Filialen, davon etwa die Hälfte unter dem Logo »Der Havelbäcker«, sowie die »Ihr Landbäcker GmbH«, die u.a. aus der ehemaligen Großbäckerei Stendal hervorgegangen ist. Auch der 1991 gegründete Bäckereibetrieb »Märkisch Edel« in Eberswalde ging mittels Eigeninitiative aus einem bestehenden Betrieb hervor.

Anfang Mai konnte Dagmar Enkelmann bereits berichten, daß es auf ihre Ideen positive Resonanzen gegeben habe. »So will sich - auf meine Bitte hin - der ostdeutsche Bankenexperte Dr. Edgar Most auf Interessentensuche für die Großbäckerei begeben. Auch aus der Region selbst habe ich erste Signale erhalten, die an einer Fortführung des Standorts Interesse haben«, berichtet Enkelmann. »Statt Geld in die Hand zu nehmen, um die Großbäckerei abzuwickeln, sollte dieses besser als Startkapital für einen Neubeginn genutzt werden. Wer das als sozialistische Träumerei abtut, ignoriert nicht nur die drohende Arbeitslosigkeit hunderter Beschäftigter, sondern beweist auch wenig Sachkunde«, betont die Bundestagsabgeordnete weiter.

Transparenz in kommunalen Unternehmen:

## Antwort gibt neue Hoffnung

Das Ringen um Transparenz in kommunalen Unternehmen geht in eine neue Runde. Ein Antrag der Fraktion Die Fraktionslosen zur Einschränkung der Geheimhaltungspflicht der Aufsichtsratsmitglieder, wie er im Januar 2011 der StVV zur Entscheidung vorlag, wurde kommunalrechtlich in Frage gestellt und zur Vermeidung der Ablehnung zunächst zurückgezogen. Nun liegt die Stellungnahme des Landkreises als Kommunalaufsichtsbehörde vor und läßt neue Hoffnung schöpfen.

Die Kommunalaufsicht verweist auf das Urteil des Bayrischen Verwaltungsgerichtshofes vom 08.05.2006, wonach eine Verschwiegenheitspflicht der Aufsichtsratsmitglieder nicht in allen Fällen zwingend zu bewahren ist und durch Gesellschaftsvertrag auch eingeschränkt werden kann. Damit sollte jetzt der Weg für die Vorlage unserer Fraktion prinzipiell frei sein.

### Buchneuerscheinung:

VEIT WILHELMY, Kommt der politische Streik? – Weitere Materialien zu einem Tabu, Band 2. Fachhochschulverlag – Der Verlag für Angewandte Wissenschaften (Band 144), Frankfurt, 2010, 232 S., (ISBN 978-3-940087-53-9) Preis: 19 Euro versandkostenfrei (<http://www.veit-wilhelmy.de>).

Auch wenn die praktische Umsetzung nicht ohne Probleme ist, sollten die Möglichkeiten zur Information der Öffentlichkeit über die Angelegenheiten der kommunalen Unternehmen genutzt werden. Die Bürger haben ein Recht darauf zu erfahren, wie mit kommunalem Vermögen umgegangen wird und wie Stadtverordnete als Aufsichtsratsmitglieder die Bürgerinteressen vertreten.

Es bleibt zu hoffen, daß sich nun eine Mehrheit der StVV für einen Transparenzbeschluß findet. Nur in Verbindung mit einer transparenten Arbeitsweise kann der allgemeine Eindruck überwunden werden, daß die Ausgliederung kommunaler Aufgaben in Unternehmen der privaten Rechtsform der GmbH allein zu dem Zwecke erfolgt, diese den Blicken der Bürger zu entziehen.

Aus aktuellem Anlaß (Schulz-Prozeß) ist besonders darauf hinzuweisen, daß die mangelhafte Transparenz im Umgang mit den kommunalen Unternehmen den rechtswidrigen Verkauf der Stadtwerke und den Spendenskanal begünstigt hat.

ALBRECHT TRILLER



## Frauen-Inline-Skating

Gruppe mit Migrationshintergrund trat in den SV Motor Eberswalde e.V. ein.



Am 27. März wurden im Rahmen einer kleinen Feierstunde 15 neue weibliche Vereinsmitglieder beim SV Motor Eberswalde e.V. begrüßt. Bei den Frauen handelt es sich um eine Gruppe Inline-Skaterinnen mit Migrationshintergrund, die sich bisher separat zum Training trafen. Seit Anfang dieses Monats sind nun alle Frauen der Gruppe dem Stützpunktverein des Programms *INTEGRATION DURCH SPORT* beigetreten und bilden gleichzeitig die neue Abteilung Inline-Skating im SV Motor.

Durch das kleine Präsentationsprogramm anlässlich des Beitritts führte Irina Holzmann, Netzwerkpartnerin des Migrationsberatungsdienstes. Nach Erläuterung der theoretischen Hintergründe wurde in der Halle auch gleich praktisch vorgeführt, was in der neuen Abteilung so alles trainiert wird. Nach einem kurzen Technikworkshop gab es anschließend auch ein Breitensportliches Inline-Skating Hockeyturnier für jedermann. Anastasia Bezlepkin wird die Gruppe, die vor etwa zwei Jahren mit dem ersten Training begonnen hatte, auch wei-

terhin leiten. Alexandra König wird die jüngeren Teilnehmer an die Hand nehmen und ihnen bei ihren ersten Schritten helfen.

Ein besonderer Dank gilt hierbei der treuen Begleiterin und Unterstützerin Sigrid Schmiel für ihre langjährige Zusammenarbeit mit dem Programm *INTEGRATION DURCH SPORT* der Brandenburgischen Sportjugend. Darüber hinaus gilt besonderer Dank den folgenden Personen für ihre Unterstützung: Kerstin Radicke (Vorstandsmitglied und Integrationsbeauftragte der Brandenburgischen Sportjugend), Ron Jordan (Geschäftsführer des Kreissportbundes Barnim), Rainer Pfortner (Amt für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde), Christian Mätzkow (Geschäftsführer SV Motor Eberswalde e.V.) sowie Fr. Krosse (SV Motor Eberswalde e.V.).

Das neue Trainingsangebot (Inline-Skating) wird ab sofort immer sonntags von 15 bis 17 Uhr in der Sporthalle »Zum Schwärzese« in Eberswalde stattfinden.

LARISSA MARKUS

## Subventioniertes Sozialdumping

**Eberswalde (bbp).** Die Mitglieder des Hauptausschusses der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung haben am 20. April u.a. über öffentliche Auftragsvergaben für Baumaßnahmen der Erlebnisachse Schwärzetal und der Straßenunterhaltung für die Eberswalder Ortsteile Tornow, Sommerfelde und Tornow entschieden.

Alle für die Auftragserteilung vorgeschlagenen Firmen erfüllen laut Aussage von Matthias Steinberg, Rechtssekretär der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) Berlin-Brandenburg, nicht die tariflichen Anforderungen bzw. die Standards des Branchenmindestlohnes. Der Vorsitzende des ver.di Bezirkserwerbslosen Ausschusses Uckermark-Barnim und Eberswalder Stadtverord-

nete Carsten Zinn appellierte daher an das Gewissen der Mitglieder des Hauptausschusses und bat sie eindringlich, kein Lohn- und Sozialdumping zuzulassen, das u.a. mit europäischen Fördermitteln subventioniert werde. Gute Arbeit mit fairen Löhnen und sozialer Sicherheit für die Beschäftigten, so Zinn, sollten auch zu den Mindestansprüchen für öffentliche Auftragsvergaben der Eberswalder Stadtverwaltung und den zuständigen Fachausschüssen der Stadtverordnetenversammlung gehören.

Der Appell erreichte die Hauptausschußmitglieder nicht, obwohl das Problem auch Thema der Einwohnerfragestunde war. Den Vorlagen erhielten ohne weitere Diskussion das einstimmige Votum des Gremiums.

## Falsche Behauptungen

**Eberswalde (bbp).** In dem Artikel »Ausschluß beschlossen – Linke schließt Carsten Zinn aus Stadtfraktion aus« in dem Eberswalder Anzeigenblatt »Blitz« vom 30. April 2011 heißt es: »...Anfang des Jahres hatte er per Email die Stadtverordneten von Eberswalde als 'Abnicker' und 'Demenzranke' bezeichnet.« Carsten Zinn wies die Blitz-Redaktion darauf hin, daß es sich dabei um eine Tatsachenbehauptung handele, die falsch sei. Auf Nachfrage schob er eine detaillierte Begründung seiner Position nach.

Er habe weder Anfang des Jahres noch zu einem anderen Zeitpunkt die Stadtverordneten als »Abnicker« und »Demenzranke« bezeichnet, stellte er richtig. Vielmehr schrieb er in einer Mail am 30.01.2011 unter Bezugnahme auf Presseveröffentlichungen über den Ablauf der Stadtverordnetenversammlung am 27.01.2011 an einen begrenzten Empfängerkreis zum einen von »'altersdementen' und realitätsfernen Einlassungen von Kollegin Dr. Brauns« und zum anderen davon, daß dies (und anderes) ihm immer mehr zeige, »daß diese Eberswalder Stadtverordnetenversammlung in seiner übergroßen personalen Zusammensetzung nicht ein Kontrollorgan der Verwaltung ist, sondern immer mehr zu einer 'Abnicker-einrichtung' von kommunalpolitisch altersdementen StadtverordnetInnen gegenüber der Verwaltungsspitze im Rathaus verkommt«.

Es war also davon die Rede, daß die Institution Stadtverordnetenversammlung sich in einem Prozeß vom »Kontrollorgan« zur »Abnicker-einrichtung« befinde. Zu keinem Zeitpunkt bezeichnete Zinn einzelne oder mehrere Stadtverordnete als »Abnicker«. Unter Bezugnahme auf Frau Dr. Brauns schrieb er von »'altersdementen' und realitätsfernen Einlassungen«. Das zugegebenermaßen polemisch überzogene – und daher in Anführungszeichen gesetzte – Adjektiv »altersdement« bezog sich eindeutig auf die »Einlassungen«, nicht aber auf die Person Dr. Brauns. Auch bei der zweiten Verwendung des Adjektives »altersdement« in Bezug auf die Stadtverordneten im allgemeinen, darf dies nicht aus dem Zusammenhang gerissen werden. Dem Adjektiv »altersdement« ist als bestimmendes Adjektiv »kommunalpolitisch« vorangestellt. Auch hier handelt es sich um eine polemische Übertreibung, die aber ausdrücklich den Zusammenhang zum kommunalpolitischen HANDELN der Stadtverordneten herstellt und keineswegs die Stadtverordneten als »Demenzranke« bezeichnet.

Für die polemischen Überhöhungen in der Mail hatte sich Carsten Zinn in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 24.02.2011 öffentlich entschuldigt. Bei den Formulierungen, die dem Stadtverordneten in den Mund gelegt werden, handelt es sich um Wortschöpfungen des »Blitz«, mit denen Zinn nichts zu tun hat. Die erwartete Richtigstellung ist bislang nicht erfolgt. Carsten Zinn, der sich momentan im Ausland befindet, will nach seiner Rückkehr über das weitere Vorgehen entscheiden.

Hartz IV ist Hohn und Raub von Menschenwürde. Bedroht von Hartz IV sind noch viel mehr Mitbürger als direkt betroffen. Schätzungsweise zwölf Millionen Bürger sind indirekt betroffen, denn sie müssen um die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze fürchten, und deshalb sind sie erpressbar in den Unternehmen und Verwaltungen. Und sie fühlen das: Wenn ihr nicht bereit seid, schneller und länger zu arbeiten, dann droht euch der Verlust des Arbeitsplatzes. Und so wird das weitergehen, weiter, weiter, immer weiter, denn technischer Fortschritt macht immer wieder Menschen überflüssig.

Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes wird auch von Politikern ausgenutzt: Wenn ihr Proleten Arbeitsplätze haben wollt, dann müßt ihr bereit sein, auch für die Rüstung zu arbeiten oder für Prestige-Projekte, für S21 oder BBI oder CCS.

**Wie kann es nun zur Befreiung von Hartz IV kommen? Zur Befreiung vom Defizit an Arbeitsplätzen? Zur Befreiung für ökologische Wende in unserem Lande? Zur Befreiung von der Kohle? Zur Befreiung zugunsten der Familien und ihrer Kinder? Zur Menschenwürde? Wie kann es dazu kommen?**

Dazu gibt es seit 150 Jahren viel Erfahrung: Die allgemeine Arbeitszeit wurde reduziert, immer wieder: Einst waren 80 Wochenstunden üblich, dann 60, dann 48 Wochenstunden. Die 48-Stunden-Woche war ein Ergebnis der November-Revolution 1918 in Deutschland. Bei Hitler wurde der Fortschritt liquidiert. Nach dem Krieg begann man wieder von vorn, bei 48 Wochenstunden, und den Gewerkschaften gelang es, schrittweise auf durchschnittlich 38 Stunden zu kommen. Das gelang stets mit Verspätung, denn die Unternehmen wollten das gar nicht. Sie brauchen möglichst viele Erwerbslose, um auf dem Arbeitsmarkt Druck zu machen. Sie wollen bestimmen, was auf dem Arbeitsmarkt passiert. Lieber verpulvern sie Milliarden, um für ihre Produkte zu werben. Sie wollen den großen Kauf-Rausch, die Betäubung. Aber Löhne erhöhen oder die allgemeine Arbeitszeit verkürzen – das wollen sie nicht.

Längst haben sich bei Attac Experten zusammgefunden, um durchzurechnen, wie die Lage ist. Ich gehöre zu einer Attac-Gruppe

## 30 Stunden sind genug!

von Dr. Rainer Thiel

**Die Soziale Bewegung Land Brandenburg ist aus der Protestbewegung gegen Hartz IV hervorgegangen. Hartz IV ist Armut per Gesetz. Schlimmer noch: Hartz IV ist Schikane durch Behörden, Hohn und Beleidigung. Jahre in Hartz IV werden nicht bei der Rente berücksichtigt, also werden den Hartz-Betroffenen 35 Euro pro Monat abgezogen. Formell soll aber jetzt – nach mehreren Inflationsjahren – Hartz IV um 5 Euro höher werden. Also minus 35 plus 5. Und noch schlimmer: Die schmutzigste Zeitung Deutschlands schrieb auf ihrer Titelseite: »Warum steigt Hartz IV mehr als die Rente?« Das ist Hohn hoch zwei. Rentner und Hartz-Betroffene werden gegeneinander aufgehetzt, und die Hartz-Betroffenen werden beleidigt.**

von Experten, die zu dem Ergebnis gekommen ist: **30 Wochenstunden sind genug, 30 Wochenstunden mit vollem Lohnausgleich.**

Wir sagen »mit vollem Lohnausgleich«, denn dank Innovation und Automatisierung wird genug produziert, um die Arbeitszeit zu verkürzen, die Hetze zu vermindern und Lohnausgleich zu zahlen. Wenn aber die Arbeitszeit kräftig gekürzt wird, dann werden Arbeitsplätze frei, dann können 5 Millionen Hartz-Betroffene einen ordentlichen Arbeitsplatz erlangen, und für 15 Millionen Mitmenschen hört die Angst auf, den Arbeitsplatz zu verlieren. Alle unsre Mitbürger gewinnen Zeit für ihre Familien, für ihre Kinder, für ihre Hobbys, für die Rente mit 60 statt mit 67, und ein bißchen auch für die demokratische Mitbestimmung, denn wir wollen Demokratie. Wir wollen, daß die Position der sogenannten Arbeitnehmer stark wird auf dem Arbeitsmarkt. Wir wollen, daß Millionen Hartz-Betroffene aus dem Koma erweckt werden, in das sie durch Hartz IV geworfen sind.

Schon jetzt möchte die Hälfte aller Beschäftigten eine kürzere Arbeitszeit. In Gewerkschaftskreisen gibt es Statistiken. Nun brauchen wir noch ein paar hundert Politiker, die uns helfen, den Hartz-Gefährdeten und den Hartz-Betroffenen die Zusammenhänge zu erläutern. Technische Innovation und wachsende Automatisierung machen immer wieder Menschen überflüssig, immer wieder überflüssig, da hilft kein Wachstum. Da hilft nur, die Zahl der Wochenarbeitsstunden zu senken, auf 32 oder 30 Stunden.

Also »Arbeitszeitverkürzen mit vollem Lohnausgleich«. Na klar, man braucht den Fortschritt nur zu verbinden mit dem populären Mindestlohn. Wenn der Mindestlohn auf 10 Euro gehoben wird, dann hat man bei der 30-Stundenwoche mehr Geld in der Tasche als beim 6-Euro-Lohn mal 40 Wochenstunden.

Als Mitstreiter von Attac kann ich sagen: Die Konzepte liegen bereit. Wir aber, wir Bürger des Landes Brandenburg, wir haben uns 1992 eine Verfassung gegeben, zum ersten Mal in der Bundesrepublik eine Verfassung per Volksentscheid. Dort heißt es in Artikel 48:

»Das Land ist verpflichtet, ... durch eine Politik der Vollbeschäftigung ... für die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit zu sorgen, welches das Recht jedes Einzelnen umfaßt, seinen Lebensunterhalt durch freigewählte Arbeit zu verdienen.«

Die Verfassung ist unser Traum. Wenn die Verfassung des Landes Brandenburg verwirklicht wird, dann ist auch Hartz IV überwunden, dann gibt es keine Angst mehr um Arbeitsplätze, dann gibt es freie Arbeitsplätze, dann werden die Hartz-Betroffenen aus ihrem Koma erwachen, dann werden wir frei von Angst, dann werden die Familien gedeihen, die Kinder, die politische Mitbestimmung, die Demokratie, der Rechtsstaat, und die Freiheit.

**Hoch lebe die Vollbeschäftigung durch 30-Stunden-Arbeitswoche mit Entgeltausgleich. Lebe hoch, du unsere Verfassung.**

(Rede auf der Ostermarsch-Kundgebung von »Friedenskoordination Potsdam« und »Soziale Bewegung Land Brandenburg« in Potsdam am 16. April 2011)

## Ein Jahr Pflegestützpunkt im Eberswalder Kreishaus

**Eberswalde (bbp).** Seit einem Jahr verfügt Eberswalde über einen »Pflegestützpunkt«. Seit der im Beisein von Sozialminister Günter Baaske erfolgten Eröffnung am 12. April 2010 (Foto) haben rund 430 Bürgerinnen und Bürger persönlich oder telefonisch Rat und Hilfe im Pflegestützpunkt erhalten, heißt es in einer Pressemitteilung der Kreisverwaltung Barnim. Das sind durchschnittlich zwei Beratungen je Arbeitstag. Vor einem Jahr als »neues, umfassendes Hilfeangebot für Pflegebedürftige und deren Angehörige« angepriesen, wurde die landesweit 14. Beratungsstelle ihrer Art mit zwei Vollzeitstellen ausgestattet. Die AOK entsendet eine

Pflegeberaterin ins Kreishaus, vom Landkreis aus arbeiten dort vier Sozialberaterinnen, die schon vorher in der Hilfe zur Pflege und Altenhilfe tätig waren, mit je einer Viertelstelle. Bei der Beratung geht es nicht nur um die Pflege selbst, sondern auch um weitere Hilfen im sozialen Bereich, wie zum Beispiel »Essen auf Rädern«, den altersgerechten Umbau der Wohnung oder um die Vermittlung von Selbsthilfeangeboten für die pflegenden Angehörigen.

Der Pflegestützpunkt Eberswalde, Am Markt 1, ist dienstags von 9 bis 18 Uhr sowie donnerstags von 9 bis 16 Uhr geöffnet. Telefonisch erreichbar sind die Beraterinnen unter



03334/214-1140 und -1141. Beratungstermine – zum Beispiel auch für Hausbesuche – sind nach telefonischer Vereinbarung auch außerhalb der Öffnungszeiten möglich.

# Na, wenn das nichts ist!

Reizthema B 167 neu ein Runde weiter

**Die Bundesstraße B 167 beginnt in Bückwitz, Nähe Neustadt (Dosse) an der B 5 Berlin-Hamburg und führt über Neuruppin, Eberswalde, Bad Freienwalde und Seelow nach Frankfurt (Oder). Der Verkehr auf dieser Straße ist für alle Orte, besonders die genannten, eine große Belastung. Die Bürger in Finowfurt, Eberswalde und Bad Freienwalde, aber auch in Löwenberg, Liebenwalde, Wriezen und Seelow leiden seit Jahrzehnten unter dieser Belastung. Es besteht – wie man so sagt – Handlungsbedarf.**

Was ist bisher geschehen? Abgesehen von dem Bau einer weiträumigen Umgehung in Neuruppin und ein paar Begradigungen im wesentlichen – nichts! »Nichts« heißt praktisch nichts. Theoretisch wird seit 1995 geredet, geschrieben und geplant und beteuert und versprochen und, und, und.

Viele Jahre gingen ins Land für das sog. Raumordnungsverfahren. Ergebnis dieses Verfahrens war dann die Variante, die der Bund von Anfang an haben wollte – die sog. Nordvariante, die angeblich raumverträglichste Lösung. Sie wird von Anfang an als Nordumgehung falsch bezeichnet. Umgehung hört sich gut an, oder? Sie ist keine Umgehung sondern ein Teil des »Blauen Ringes« um Berlin, einer Schnellstraßentrasse, auf der man schneller nach Osten, also nach Polen kommen soll. Es geht nicht um die Entlastung der Bürger. Diese Entlastung wird es nicht geben – im Gegenteil!

Achtzig Prozent des Verkehrs auf der B 167 zwischen Finowfurt und Eberswalde ist Quell- und Zielverkehr von und nach Eberswalde. Der wird die neue Straße, also den Umweg, nicht nutzen. Die Belastung auf der alten B167 bleibt, auch wenn sie dann keine Bundesstraße mehr ist. Der lange Planungszeitraum, bisher immerhin 16 (in Worten sechzehn!) Jahre, hat längst nachgewiesen, daß die Straße gar nicht gebraucht wird. Gebraucht werden kluge, örtlich wirksame Lösungen. Die gibt es. Die interessieren jedoch den Bund nicht! Trotzdem: jetzt soll planfestgestellt werden, Beginn 2011! Dann wird gebaut! Oder vielleicht – wegen Geldmangel – doch nicht?

Was Raumverträglichkeit heißt, das wird den Bürgern nach und nach scheinbar nahegebracht und die begreifen leider nur sehr langsam, was diese Straße für sie bedeutet. Am ehesten hatten es die Finowfurter begriffen, die schon 1999 klar und unmißverständlich eine Südfahrt von der Autobahn gefordert und beschlossen haben. Aber solche Beschlüsse sind leider nur in einer Demokratie etwas wert, die diesen Namen auch verdient. In unserer »basta«-Demokratie hat der Bürger nichts zu sagen. Für Finowfurt bedeutet diese Straße, hoch über dem Oder-Havel-Kanal, eine Verlärmung des gesamten Talraums, also des gesamten Ortes Finowfurt und weite Umwege, um die Autobahn zu erreichen. Die versprochene Entlastung der Marienwerder Str. ist ein Ammenmärchen, das inzwischen nur noch wenige glauben.

Was bleibt ist die Entwertung des Naherholungsgebietes und des Campingplatzes Üdersee

und die Abholzung des Waldes am Oder-Havel-Kanal, also wieder etwas weniger Wald in der Waldstadt Eberswalde. Besonderes »Schnäppchen« für die Finowfurter: Den »Zubränger« auf die einzige Auffahrt, die der Bund den Finowfurtern zugesteht (!), den müssen sie selbst bezahlen und der führt – natürlich! – durch Wald und Feuchtgebiete und über den Finowkanal. Das wird nicht ganz billig und ist vielleicht – raumordnerisch – gar nicht realisierbar. Aber das wird man den Finowfurtern erst sagen, wenn »alle Messen gesungen sind«.

Nun hat man es den Bewohnern der Clara-Zetkin-Siedlung sagen müssen (MOZ vom 28. April 2011): Während es für Fledermäuse 4 (vier!) Brücken geben wird und Hilfen in Form von Leit- und Sperreinrichtungen, macht man den Menschen klar, daß sie mit dem Krach leben müssen, weil der ja noch knapp unter der zulässigen Grenze liegen wird. Aber es gibt ja einen Ausgleich, nämlich keine Auffahrt für die Siedler, um diese Straße, die sie so sehr belasten wird, wenigstens selbst nutzen zu können. Von einer Entwertung der Wohnqualität in Finowfurt und in der Clara-Zetkin-Siedlung und von einem Verfall der Grundstückswerte hat übrigens – bisher – niemand gesprochen. Die Planer dieser Straße wohnen woanders.

Die Lichterfelder haben vielleicht sogar einen kleinen Vorteil! Der Krach von der neuen Straße übertönt wahrscheinlich den Krach vom Schrottplatz Theo Steil – und das ist doch was, oder etwa nicht?

Die Bürger, die derzeit im Eberswalder Norden vergleichsweise ruhig wohnen, werden es dann in einer der nächsten Informationsveranstaltungen erfahren, daß auch sie mit mehr Lärm rechnen und leben müssen.

Eines muß man den Verkehrsplanern lassen: Sie sorgen dafür, daß der prognostizierte Bevölkerungsrückgang mit großer Wahrscheinlichkeit früher erreicht wird, als derzeit befürchtet. Na, wenn das nichts ist!?

JOHANNES MADEJA,  
Kreistagsabgeordneter BVB/Freie Wähler

**Wandertip:** 22. Mai 2011, Sonntag. Durch den Urwald Breitefenn. Die 7 km Wanderung führt zuerst zu einer Wehrkirche aus dem 13. Jahrhundert und zum größten nordischen Findling der Region. Entlang dem Urwald Breitefenn mit uralten Eichen geht es zum Paddenpfuhl und den Lindseen, wo zu erfahren ist, warum es zum Glück noch Hasen gibt und Fische ein silbernes Kleid tragen. Treff: 13:30 Uhr Gasthof »Zum großen Stein«, Neuendorf Nr. 1, 16248 Oderberg. Anmeldung unter 03344/333200. *BM*

## Alternativlos

**Eberswalde (bbp).** Aktuell gebe es keine Pläne, Vorhaben oder Interessen für eine Nutzung der ehemaligen EDEKA-Kaufhalle in der Kyritzer Straße im Brandenburgischen Viertel. So die Antwort der Baudezernentin Anne Fellner auf eine Anfrage von Ortsvorsteher Carsten Zinn. Die Halle werde derzeit gesichert und stelle keine Beeinträchtigung des Umfeldes dar. Aus Sicht der Stadtverwaltung gebe es keine Nutzungsoption. Auch die Eigentümerin habe keine Pläne zur Nutzung oder Verwertung. »Für eine Nutzung des Gebäudes müßte erheblich investiert werden, vor allem in die energetische Aufwertung. Eine Übernahme des Gebäudes durch private Betreiber (Sportverein, Young Rebels etc.) ist derzeit nicht absehbar.«

Während der Eigentümer den Buchwert der Immobilie als Basis für Verkaufsverhandlungen betrachtet, will die Stadtverwaltung den symbolischen Preis von einem Euro zahlen, um die Halle dann mit Städtebauförderungsmitteln unterstützt abzureißen. Dies entspreche der beschlossenen Stadtumbaustrategie. Ein Rückbau sei nur mit Unterstützung von Städtebauförderungsmitteln möglich und ist für 2014 geplant, jedoch noch nicht durch das Landesamt bestätigt. Der entsprechende Antrag soll Ende 2011 im Rahmen des integrierten Umsetzungsplanes 2012-2014 gestellt werden.

## Es war einmal ...

Die Kreisvolkshochschule (KVHS) Barnim führt seit März gemeinsam mit der Kita Arche Noah im Brandenburgischen Viertel ein Theaterprojekt durch, in dem Kindergarten- und Hortkinder (ein Viertel mit russischer Muttersprache) gemeinsam an der Erprobung eines Theaterstückes arbeiten. Einmal wöchentlich treffen sie sich mit Lina Efimako und Dmitri Borisov von Theater »Akzent«, um zu proben. Ziel ist die Aufführung eines Märchens, das sowohl im deutschen als auch im russischen Kulturkreis anzutreffen ist, beim Sommerfest der Kita am 16. Juni. Im Rahmen der Proben erweitern die Kinder spielerisch ihre sprachlichen Kompetenzen und lernen Schlüsselwörter in der jeweils anderen Sprache. Die Kinder lernen auf diese Weise, daß ähnliche Geschichten weltweit und in verschiedenen Sprachen erzählt werden. Seit Anfang April gibt es zusätzlich zweimal vormittags an der Kita Arche Noah auch einen Deutschkurs für Kinder.

In die Gestaltung des Probenraumes, der Kostüme und der Bühnengestaltung werden auch die Eltern mit einbezogen, die viele Kontakte untereinander knüpfen und ebenfalls ihre sprachlichen Hemmungen abbauen. Die VHS leistet so gemeinsam mit der Kita einen Beitrag zur sozialen und sprachlichen Integration von Migrantinnen. Kurse zum Erlernen von Deutsch als Muttersprache laufen an beiden Regionalstellen der VHS in Bernau und Eberswalde.

Dr. CHRISTINE SCHÄFER 11



## I

**Die BND-Akte V-43118.** Im Februar 2011 beauftragte BND-Chef Uhlrau eine vierköpfige Historikerkommission mit der »Aufarbeitung« der »Frühgeschichte des BND bis 1968«. Im Aprilheft der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft berichtet P. Hammerschmidt über Bemühungen, in Akten des Pullacher Archivs zu recherchieren. Die ab Mai 2010 unternommenen Versuche, BND-Akten zu dem in Frankreich verurteilten Kriegsverbrecher KLAUS BARBIE einzusehen, lehnte der BND ab. Erst im September kam seitens des aufsichtsführenden Kanzleramts die Bewilligung. Zuvor hatte eine Journalistin mittels BVwG-Urteil die Einsicht in BND-Akten zu ADOLF EICHMANN erzwungen, die ihr ebenfalls verweigert worden war.

KLAUS BARBIE alias Altmann (1913-1991), ab 1942 im besetzten Frankreich in leitender Position in SD und Gestapo tätig. Sonderinsätze gegen Résistance. In Lyon 21 führende Widerstandskämpfer ausgeschaltet. Persönlicher Vertreter de Gaulles und oberster Chef der Résistance, Jean Moulin, zu Tode gefoltert. Nach Kriegsende in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Durch den ehem. SD-Mitarbeiter SCHWEND als Agent an den CIC (*Counter Intelligence Corps*) vermittelt. 1951 illegal auf der »Rattenlinie« Flucht nach Bolivien (mit Hilfe des am Vatikan tätigen kroatischen Pater DRAGANOVIC). Geschäftlich als »Klaus Altmann« für Chemiefirma Boehringer in Peru tätig, dann wohl für die Bundeswehr Waffenverkäufe in Südamerika. Ab 1965 durch den BND-Agenten HOLM (V-43017) an die BND-Zentrale empfohlen (»entschiedener Kommunistengegner«, »kerndeutscher Gesinnung«) und angeworben. Die Führungsstelle 934 hielt ihn für einen ehem. SS-Hauptsturmführer. Nach Ermittlung und Fahndung des LKA Wiesbaden und der Zentralstelle Ludwigsburg zu Barbie schaltet die BND-Zentrale die Quelle »Altmann« Ende 1966 ab, offenbar ist man sich (nun?) über die Identität von Altmann mit Barbie im klaren. Nach Auslieferung an Frankreich, wurde Barbie dort zu lebenslänglicher Haft verurteilt. 1972 notiert man in der BND-Zentrale: »Die damalige Führungsstelle hatte es unterlassen, amtliche Auskünfte über Altmann einzuholen«. Unklar bleibt, ob dem BND die Identität von Barbie mit »Altmann« bekannt war. Der Autor bemerkt dazu: »Als sich im September 2010 die Tore des BND-Archivs in Pullach erstmals für die historische Forschung öffneten, ... war nicht absehbar, in welchem Ausmaß der westdeutsche Geheimdienst ... mit ehemaligen SS-Angehörigen kooperierte.« Warten wir ab, was die Historikerkommission aus Pullach mitteilen wird.

**Wandertip:** 15. Mai 2011, Sonntag, Rund um das Schwalbennest bei Brodowin  
Der Ökohof Schwalbennest (Telefon 033362/70769) ist ein kleiner Familienbetrieb, welcher nach Demeterstandards arbeitet. Heute erwartet die Teilnehmer eine einmalige Führung über den Hof zu Rinder, Schweine, Schafe, Ziegen, Hühner und Bienen. Dabei werden die Inhaber Martina und Ulrich Bressel die Besonderheiten der ökologischen Landwirtschaft erklären. Eine kleine Rundwanderung (4km) ist ebenfalls geplant. Einkauf im Hofladen ist am Ende der Führung möglich. Treff: 13:30 Uhr Ökohof Schwalbennest, Pehlitz 3, 16230 Chorin/Ortsteil Brodowin. Anmeldung: 03334/333200.

BERND MÜLLER

Blick in neue Fachliteratur:

# Heimkehr der Faschisten

von Rolf Richter

**Der (westberliner) Sender RBB kennt derzeit nur ein Thema: »Stasi-Belastungen« im Öffentlichen Dienst Brandenburgs. Behördenleiter Jahn von der BStU liefert den RBB-Journalisten, die ihre sonstigen Informationspflichten vernachlässigen, passend selektiertes »Material« für politische Einflußkampagnen. Was nachfolgend zu berichten ist, erfährt man im RBB nicht.**

## II

**Die Diplomaten.** In der BND-Akte Barbie ist vom damaligen bundesdeutschen Botschafter in Peru die Rede, GÜNTHER MOTZ, dessen (*Information aus Ostberlin!*) Dissertation von 1935 sich mit den »Nürnberger Gesetzen« beschäftigte. Vor einigen Jahren hatte Außenminister Joschka Fischer eine Historikerkommission mit der Aufarbeitung der Vergangenheit des Auswärtigen Amtes (AA) beauftragt.

Schon seit 1978 lag eine ausführliche englische Dissertation vor (inzwischen in deutscher Übersetzung erschienen: *Christopher R. Browning, Die »Endlösung« und das Auswärtige Amt, Darmstadt 2010*). An der »Wannsee-Konferenz« war die AA-Deutschlandabteilung vertreten, ihr Protokoll wurde von Staatssekretär ERNST VON WEIZÄCKER persönlich abgezeichnet. Das AA erhielt auch die Lageberichte der Einsatztruppen an der Ostfront und unterstützte die Aktivitäten der SS in den besetzten Ländern. Dreißig Jahre lang nach Erscheinen der Arbeit hielt das AA keine Reaktion für nötig. Inzwischen ist der Bericht der Historikerkommission als Buch erschienen (*E. Conze u.a.: Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010; krit. Besprechung des ersten Teil - bis 1945 - von J. Hüter vom Institut für Zeitgeschichte im Aprilheft 2011 der Vierteljahrshefte für Zeitgesch.*). Der Bericht sieht das AA als die zentrale Stelle bzw. als eine neben dem RSHA für die Durchsetzung der Judenvernichtung in Europa. Die Behauptung, das AA sei der Hort des Widerstandes gewesen, war nur eine nach 1945 gepflegte Legende. Viele Spitzendiplomaten (eine abgeschlossene Kaste bildend, häufig selbst Antisemiten) haben die völkerrechtswidrige und mörderische NS-Politik – manche etwas distanziert, jüngere intensiv – unterstützt. Der Blick der Historiker auf das AA bezog sich, sehr verengt, nur auf die Judenvernichtung, während die Massenverbrechen gegen Zivilbevölkerung und Kriegsgefangene in Osteuropa unterbelichtet sind. Zahlreiche NS-belastete Diplomaten wurden nach 1949 in das

»Amt Blank« und den Dienst der Bundesrepublik übernommen.

## III

**Die Juristen.** Eingangs war von heutigen Brandenburger Juristen die Rede. Größenordnung: etwa 13 Richter mit »Stasi-Verstrickung«, etwas über 100 sonstige Mitarbeiter im Justizdienst. Selbstverständlich sind alle bei Einstellung gemäß StUG überprüft worden, und Verstöße gegen Strafgesetze lagen bei ihnen nicht vor. Zur Übernahme von Nazi-Juristen in der Bundesrepublik liegt längst eine umfangreiche, gründliche Recherche vor (*Wir klagen an: 800 Nazi-Blutrichter – Stützen des Adenauer-Regimes, Hrsg. Ausschuß für Deutsche Einheit, Berlin 1959*). Zu den alphabetisch genannten Zivil-, Militärrechtern, Staatsanwälten, wurden die Todesurteile nebst Urteilsgründen angeführt (teils in den besetzten Gebieten), frühere Positionen und ihre Verwendung nach 1949 angeführt. Belastete NS-Juristen amtierten an Landgerichten (222, davon 121 als Präsidenten/Direktoren), als Staatsanwälte (181, davon 55 als leitende). Beispiele: - 1959 Richter am BGH, früher Reichskriegsgerichtsrat, Chef-Militärrichter in Dänemark (Todesurteile), - 1959 Erster Staatsanwalt in Schleswig, forderte 1944 für eine Rot-Kreuz-Schwester das Todesurteil, weil diese bedauert hatte, daß das Attentat vom 20. Juli mißglückt war; - 1959 Landgerichtsrat in Ravensburg, als Richter am Volksgericht 100 Todesurteile. Die Recherche ist 189 Seite stark...

(Fortsetzung folgt)

## Abkürzungen:

AA	Auswärtiges Amt
BND	Bundesnachrichtendienst, Auslandsgeheimdienst der BRD
BVwG	Bundesverwaltungsgericht
BStU	Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
Gestapo	Geheime Staatspolizei
LKA	Landeskriminalamt
RBB	Radio Berlin Brandenburg
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
SD	Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS, Geheimdienst der NSdAP, unterstand ab 1939 dem RSHA
SS	Schutzstaffel, paramilitärische Organisation der NSdAP
Stasi	Ministerium für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik
StUG	Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

## Wo gehen die Leute hin?

Oft berichten bürgerliche Medien mit Verwunderung darüber, wie hartnäckig die Ureinwohner der DDR an alten Gewohnheiten kleben. Wen es wundert, der versteht nicht oder mag es nicht verstehen, was bei der Schaffung des jetzt BRD genannten »Gebildes« vor sich gegangen ist. Man muß es so hart sagen, weil der ganze Vorgang im Jahre 1990 im Dienste des Kapitals und in betrügerischer Absicht erfolgte. Bis heute ist das im Grundlagenvertrag unterschriebene Versprechen der Ausarbeitung einer neuen Verfassung mit anschließender Volksabstimmung – als nur ein Beispiel von vielen – nicht eingelöst worden.

Wen wundert's da, wenn es Hunderttausende in den sog. »neuen Bundesländern« gibt, die selbstbewußt ihren Traditionen nachgehen und sich zu dem bekennen, was sie in 45 und mehr Jahren lieben und leben gelernt haben. Zumal sie in unwürdiger Weise – oft allein für ihre Herkunft aus der DDR – gedemütigt und regel(unge)recht unterdrückt werden. Das ist keine unbeweisbare Behauptung, wie sie vielfach in Promi-Äußerungen zu hören ist, sondern eine durch sachlichen Nachweis belegbare Tatsache. Warum gehen so wenige zur Maidemo? Weil von den Rednern aus dem Regierungslager nur leere Worte ohne vollziehbare Umsetzung in die Wirklichkeit zu hören sind.

Also geht man dort hin, wo es Freunde gibt, die man kennt und auf deren Wort man sich verlassen kann. Zum Beispiel zum »Flugplatz Finowfurt«, gemeint ist das Gelände des »Luftfahrt-historischen Museums«. Dort traf sich zum fünftenmal in Folge die DDR-Fahrzeug-Technik, natürlich mit ihrem Pflegepersonal, daß wiederum nicht nur aus Liebe zur alten Technik erscheint, sondern zeigen will, wer wir waren, wofür, womit gearbeitet, gelernt und gelebt wurde. Nicht gering vertreten war auch gepflegte (entwaffnete) Technik der Verteidigungskräfte der DDR, die für Vorführungen und zum Mitfahren oder Mitfliegen bereit stand. Ehemalige Angehörige der Polizei und NVA trafen sich, tauschten sich aus und zeig-



Oldtimer-Parade 1. Mai 2011 – Flughistorisches Museum Finowfurt.

ten einem interessierten zahlreichen (Tausende!) Besucherkreis, was sie einst geleistet haben und wofür sie heute noch einstehen: die Verteidigung des Friedens! Diese Traditionspflege dieser wichtigsten gesellschaftlichen Aufgabe trägt nicht den Charakter der Huldigung siegreicher Schlachten in imperialistischen Aggressionskriegen zugunsten des Kapitals. Es erfüllt mit Stolz, darüber offen reden zu dürfen, daß es unser Werk war, mit dem wir alles, aber auch alles, was wir besaßen, selbst erwirtschaftet haben. Wem man diesen Stolz nehmen will, wird nicht auf sonderliche Sympathie stoßen.

Viele Haus- und Nachbarschaftsgemeinschaften trafen sich dann noch am Abend, um sich in geselliger Runde über den Tag und das Erlebte auszutauschen. So lebt man eben in unserer Region. Wer es nicht kennengelernt hat, kann es nicht mitdenken. Leider hat die Arbeiterklasse nur relativ junge Traditionen, aber gerade darum müssen sie besonders gepflegt werden. Wer sich dieser Aufgabe widmet, hat viel zu tun und unter den Bedingungen des räuberischen Kapitalismus mit wenig Anerkennung oder gar Dank zu rechnen. Nur der Zusammenhalt untereinander gibt die Kraft zum Weitermachen.

Dessen eingedenk sollten wir uns durch »Ostalgie-Geschwätz« nicht einschüchtern und den Mund verbieten lassen. Und so bleibt zum Beispiel der 8. Mai in erster Linie der »Tag der Befreiung« und nicht der von den wahren Problemen ablenkende »Mutterttag«.

HELMUT BRAUNSCHWEIG

## Anradeln

Mitte April, am Vor-Oster-Wochenende wurde im Land Brandenburg angeradelt. An dieser Gemeinschaftsaktion waren auch die NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. beteiligt. Wir starteten bewußt mit einer verhältnismäßig kleinen Gruppe von gut 30 Radfahrern für den Landkreis Märkisch-Oderland in die Neumark.

Dabei verliefen nur die ersten Meter auf dem Boden des Kreises. Gleich hinter der Hohenwutzener Oderbrücke fuhren wir auf polnischer Seite an der Oder entlang. Hier ist die Natur noch urwüchsig und vielseitig und voller Tiere. Nachdem wir die Kirche von Alt Küstrinchen (Stary Kostrzynek) besichtigt hatten, fuhren wir in Alt-Rüdnitz (Stara Rudnica) durch eine herrliche Oderaue, in welcher der Nebenarm der Oder, die Meglitze, beim alljährlichen Frühjahrshochwasser die Felder überschwemmte. Kurt Hagenstein (85) aus Falkenberg fand daran nichts besonderes. Die Menschen früher und heute lebten hier mit der Natur und ihren Eigenheiten. Auf deutscher Seite ist dies oft abhanden gekommen.

Kurze Pause mit leckerem Mittagessen im Restaurant Zajazd Odra in Alt Lietzegörice (Stare Lysogórki) und weiter ging die Tour. In Zäckerick (Siekierki) hielt man dann etwas länger, stammte doch Kurt Hagenstein, der die Gruppe im Begleitfahrzeug begleitete, aus diesem Ort. Er zeigte uns die Stelle, wo früher sein Geburtshaus stand, in welchem er 1926 geboren wurde. Auch konnte er viele sehr interessante Fotos aus dieser Zeit zeigen, wo früher Häuser standen im Vergleich zu heute. Besonders interessant fanden alle, das damals über 20 sogenannte Laubenhäuser im Dorf standen und das Dorf über 1.200 Einwohner zählte. Aufgrund des großen Interesse versprach Kurt Hagenstein aus seiner Sammlung eine Diashow zusammenzustellen und dann mit den NaturFreunden im Sommer einen Termin für einen Vortragsabend auszumachen.

Eine tolle Radtour ging zu Ende fernab vom Trubel der großen Touren.

BERND MÜLLER

### Anzeige

#### Märchenbuchsammlung zu verkaufen

Märchen und Sagen aus aller Welt aus einer umfangreichen Sammlung, einzeln oder zusammen. Preis nach Vereinbarung. Bei Interesse eMail an post.an@gerd-markmann.de oder Tel. 03334/356542 (nach 17 Uhr oder AB)

## Offener Garten am 28. und 29.5. in Eberswalde

Wir laden Sie herzlich in unseren Galerie-Garten ein. Am 28. und 29. Mai ein ist er von 10 bis 18 Uhr geöffnet und um 10, 12, 14 und 17 Uhr gibt es Führungen. Im Garten ist wieder einiges neugestaltet worden. Lassen Sie sich überraschen.

Zu besichtigen ist auch eine Ausstellung von Keramik und Objekten für innen und außen

vom Biesenthaler Künstlerpaar Marianne Freyer (Keramikerin) und Burkhard Vierus (Architekt und Objektkünstler). Was Sie dort sehen, können Sie auch kaufen.

Wenn Sie noch andere Gärten der Initiative »Offenen Gärten Berlin-Brandenburg« besuchen wollen, können Sie für einmalig 2 Euro ein Programmheft mit einem Verzeichnis der betei-

ligten Gärten und eine Eintrittsplakette erwerben, die Sie zum Besuch sämtlicher Gärten und zu allen Terminen berechtigt.

Weitere Besuchstermine für unseren Garten sind der 25./26.6., der 27.8. sowie der 24./25.9. 2011. Wir hoffen auf gutes Wetter und freuen uns auf Ihren Besuch!

MATHILDE PIETZNER und ANDREAS TIMM

## »Verstetigungskonzept« für das Brandenburgische Viertel

**Eberswalde (bbp).** »Unser Ortsteil mit sozialen Herausforderungen genießt auch künftig die strategische Aufmerksamkeit durch Stadtverwaltung und Stadtpolitik«, stellte der Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertels Carsten Zinn zur Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt am 12. April fest. Dies beweise die Investition von insgesamt 82.500 Euro an Fördermitteln für die Erarbeitung einer Imagebroschüre (22.500 Euro), einer weiterführenden Sozialstudie (40.000 Euro) und eines Verstetigungskonzeptes (20.000 Euro). Der Ortsvorsteher erbat hierzu von der Baudezernentin Anne Fellner die Beantwortung einiger Fragen.

Zur Frage nach dem aktuellen Bearbeitungsstand der genannten Projekte antwortete der zuständige Sachbearbeiter Burkhardt Jungnickel, daß die Imagebroschüre als Beteiligungsprojekt derzeit erarbeitet werde. Im Mai soll sie als Manuskript vorliegen. Die Moderation des Beteiligungsprojektes erfolge durch das Büro für Stadtplanung, -forschung und -erneuerung (PFE). Die Sozialstudie soll nach einem zweistufigen Auswahlverfahren planmäßig ebenfalls im Mai vergeben und noch im Jahr 2011 abgeschlossen werden. Das Verstetigungskonzept sei bereits im März nach erfolgreichem Auswahlverfahren an das »Stadtbüro Hunger« vergeben worden.

Der Inhalt der Imagebroschüre bestehe »in der Bilanzierung der Aktivitäten der vergangenen zehn Jahre im Viertel. Die aktiv im Viertel tätigen Vereine und Akteure stellen ihre eigene Arbeit im Viertel im Zusammenhang mit dem Programm 'So-

ziale Stadt' dar.« Es solle erreicht werden, daß ein objektives Bild vom Viertel, seinen Menschen und seinen Vorzügen, »ja auch und vor allem seinen Alleinstellungsmerkmalen, die zweifelsfrei durch das umfassende Angebot an Sport- und Freizeitangeboten für alle Altersgruppen, seine Wohnruhe und sein Betreuungsangebot für ältere Mitbürger bestehen, öffentlich dargestellt wird. So soll dem leider noch vorhandenen schlechten Außenimage des Viertels entgegengewirkt werden.« Der Wohnstandort »Brandenburgisches Viertel« soll auf diese Weise einer breiten Öffentlichkeit nahe gebracht werden. Neben der Imagebroschüre werde ein »Wegweiser« entstehen, der den Einwohnern der Stadt und ihren Gästen das Auffinden der vielfältigen Angebote im Viertel in illustrierter Form erleichtern soll. Imagebroschüre und »Wegweiser« sollen auch dazu dienen, nach zehn Jahren »Soziale Stadt« eine Bilanz zu ziehen.

Mit dem Verstetigungskonzept soll die Frage beantwortet werden, wie es nach Auslaufen der aktuellen Programme im Brandenburgischen Viertel weitergeht. »Werden die im Rahmen des Programms Soziale Stadt entstandenen Projekte auch ohne öffentliche Förderung weiterhin bestehen können? Wie soll die finanzielle und organisatorische Unterstützung dieser Projekte erfolgen, organisiert werden, um den Fortbestand zu sichern? Letztendlich solle die Klärung erfolgen, ob eine juristische Person (Bürgerverein, Förderverein, Genossenschaft etc.) die gebildeten Strukturen und entstandenen Projekte wirksam unterstützen und am Leben erhalten kann.«

Schließlich wollte Carsten Zinn wissen, wie die Einwohnerinnen und Einwohner des Brandenburgischen Viertels in den Prozeß der Erarbeitung der Imagebroschüre und des Verstetigungskonzeptes einbezogen werden. »Alle interessierten Bürger können sich beteiligen«, so die Antwort. »Ihre Beteiligung ist sogar Voraussetzung dieser Projekte.« So wurden im Stadtteilmagazin »Einblicke/Ausblicke« informiert »und zur Bereitstellung von historischen Fotos aufgerufen. Die im Viertel tätigen Akteure, die sich bisher auch beteiligt haben, wurden angesprochen und gebeten, ihre Arbeit, ihre Projekte und ihre Wünsche im Rahmen kurzer Beiträge, die gerne auch durch Bilder ergänzt werden konnten, darzustellen. Der gebildete Redaktionsbeirat, bestehend aus Mitgliedern des Sprecherrates (AG Öffentlichkeitsarbeit), Vertretern der Verwaltung und dem Moderator kam zu öffentlichen Sitzungen zusammen, um über die entstandenen Beiträge redaktionell zu diskutieren.« Für das Verstetigungskonzept fand am 19. April eine erste Sitzung der verwaltungsinternen Lenkungsgruppe statt. Diese legt konkret fest, »welche Termine der geplanten Öffentlichkeitsbeteiligung und Akteursbeteiligung für das Jahr 2011 fixiert werden«. Die entsprechende Öffentlichkeitsarbeit organisiere dann das extern beauftragte Büro. »Bereits jetzt kann aber gesagt werden, daß jede konstruktive Mitarbeit Teil der Bearbeitungsstrategie ist und ausdrücklich gewünscht wird. Ohne die Mitwirkungsbereitschaft einer breiten Öffentlichkeit und die des Ortsvorstehers kann der Verstetigungsprozeß nicht erfolgreich sein«, heißt es abschließend.

## Spende an Förderverein Allgemeine Förderschule Nordend

Am 30. März übergab Sabine Stüber, Bundestagsabgeordnete der LINKEN, eine Spende in Höhe von 300 Euro an den Förderverein der Allgemeinen Förderschule Nordend in Eberswalde. Zur Verfügung gestellt wird die Spende vom »Verein der Bundestagsfraktion DIE LINKE e.V.«, ein Zusammenschluß von Bundestagsabgeordneten und Mitarbeitern, der Veranstaltungen, Projekte und Ausstellungen politischer und kultureller Art fördert.

Der Verein wurde 17.11.2000 gegründet. Ziel des Vereins ist es, die Arbeit aller an der Erziehung und Bildung Beteiligten und damit sonderpädagogischen Maßnahmen für Lernbehinderte und von Behinderung bedrohten Kindern und Jugendlichen zu unterstützen. Seit 2008 pflegt die Nordend-Schule engen Kontakt zum Landesverband Brandenburg des Volksbundes der Deutschen Kriegsgräberfürsorge e.V. Die Jugendlichen haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Pflege von Kriegsgräbern zu übernehmen. In Zusammenarbeit mit der Friedhofsverwaltung Eberswalde suchen sie Verbindung zu Hinterbliebenen der Kriegsoffer. Am 29.06.2009 wurde mit der Stadt Eberswalde eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet, in der die 9. Klassen die Möglichkeit



erhalten, den begonnenen Weg der Verbindung von Wissensvermittlung im Unterricht, praktischer Arbeit bei der Gräberpflege und den Erwerb sozialer Kompetenzen fortzusetzen.

»Als mir die Schüler ihr Projekt vorstellten, war ich sofort begeistert. Sie haben eine Präsentation zusammengestellt, in der deutlich gemacht wird,

was sie mit ihrer Arbeit bereits erreicht haben. Sie lassen Geschichte lebendig werden und das mit einer Begeisterung, die mitreißt. Ich kann dieses Projekt nur befürworten und jeden darum bitten, den Förderverein zu unterstützen.« sagt die Bundestagsabgeordnete Sabine Stüber.

JANA MULEMBA



## Attacke auf Jüdische Gemeinde in Bernau

In der Nacht zum 26. März 2011 kam es in Bernau (Landkreis Barnim) zu einem Angriff auf die Jüdische Gemeinde. Unbekannte warfen einen schweren Feldstein gegen das Schaufenster der Vereinsräume. Die Scheibe zersplitterte, auch ein Teil des Fensterbretts wurde beschädigt. Die Täter ritzen zudem ein Hakenkreuz auf den Briefkasten.

Bereits am 9. November vergangenen Jahres war es zu einem antisemitischen Vorfall in Bernau gekommen. Auf dem Weg zu einer Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der November-Pogrome beschimpften zwei Personen die Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde und ihren minderjährigen Sohn mit den Worten »Juden raus«. Der Sohn wurde von einem Angreifer durch einen Tritt in den Magen verletzt. Schon häufiger hatte es im Wohnumfeld der Frau Hakenkreuzschmierereien gegeben.

Damit das zerstörte Schaufenster ersetzt und angemessene Sicherheitstechnik am Gebäude installiert werden kann, ruft die Opferperspek-

tive e.V. zusammen mit der Bernauer Kontakt- und Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt zu Spenden auf das Konto der Jüdischen Gemeinde auf.

---

Spendenkonto  
Jüdische Gemeinde Landkreis Barnim e. V.  
Kontonummer 3140078330  
Stichwort: Solidarität Bernau  
Sparkasse Barnim  
BLZ 17052000

---

Die Jüdische Gemeinde Barnim betreut rund 400, meist ältere Menschen aus der Region. Seit Februar 2011 residiert die Gemeinde in den nun angegriffenen Räumen in der Berliner Straße in Bernau. Dort untergebracht sind auch Sozial-, Kultur- und Integrationsprojekte wie der Soziale Integrationsverein Diamant e.V. sowie eine Antidiskriminierungsberatungsstelle.

DIETER GADISCHKE

## Illegale Abfallentsorgung – nein danke!

Das Frühjahr ist da und überall grünt und blüht es. Für viele heißt es: Auf zum Frühjahrsputz! Es wird geräumt und gereinigt was das Zeug hält. Aber nun stellt sich die Frage: Wohin mit den Abfällen?

Abfälle gehören nicht in den Wald – das betrifft Gartenabfälle und andere kompostierbare Abfälle genauso wie Reifen, Bauschutt und Restabfälle. Auch die öffentlichen Stellplätze für die Altpapier- und Glasentsorgung sind keine Plätze für die Entsorgung anderer Abfälle! Das sollte eigentlich schon jedes kleine Kind wissen. Aber die Realität sieht leider anders aus. Der Landkreis mußte im Jahr 2010 über 200 Tonnen illegale Abfälle von den öffentlichen Stellplätzen entsorgen. Dies geht zu Lasten aller Gebührenzahler!

Der Landkreis bietet mit seinen beiden kommunalen Recyclinghöfen in Bernau (Gewerbegebiet Albertshofer Chaussee) und in Eberswalde (Ostender Höhen) beste Möglichkeiten für die ordnungsgemäße Abfallentsorgung. Die Recyclinghöfe sind wochentags von 7.30 bis 17 Uhr in Bernau bzw. 17.30 Uhr in Eberswalde geöffnet. Schließtage sind in Bernau der Montag und in Eberswalde der Mittwoch. In Eberswalde gibt es zusätzlich die Möglichkeit, seinen Müll auch am Sonnabend von 7.30 bis 12.30 Uhr loszuwerden. Angenommen werden Restabfälle, Bauschutt, kompostierbare Abfälle, Elektroschrott, Reifen, Dämmmaterialien, Asbest, Holz, Fenster/Türen, Altpapier, Altglas, Metallschrott, Altkleider und Alt-CDs.

SIGRID WALTHER

## »Schlimmer als bei der Stasi«

Hartz IV-Betroffene berichten über den Umgang der Jobcenter-Mitarbeiter in Bad Homburg. Eine alleinerziehende Mutter sagte: »Ich kam mir vor wie bei der Stasi«. Im Frühjahr 2010 wurde ihr die Unterstützung gestrichen. Angeblich lebte sie in einer Beziehung, was aber nicht stimmte. Wochenlang wurde ihre Wohnung beobachtet, es wurde genau überprüft, wer ein und aus ging. Ohne Mitgefühl und ohne Grenzen wurde ihre Wohnung durchsucht und der angebliche Lebenspartner wurde auch überprüft. Der siebenjährige Sohn war anwesend, als die Wohnung durchsucht wurde. Die Frau wehrte sich gegen die Behauptung, in einer Beziehung zu leben und mußte dabei feststellen, was ein gläserner Bürger bedeutet.

Ein ehemaliger erfolgreicher Geschäftsmann aus Homburg beschwert sich auch über die

Mitarbeiter des Jobcenters. Der 53-jähriger Familienvater sagt, zum Anfang waren sie noch sehr nett. Aber je länger man arbeitslos ist, desto schlechter wird man behandelt, meint er. Für ihn bedeutet die Arbeitslosigkeit die Hölle. Ein Sozialberater unterstellte ihm Sozialbetrug. Angeblich hätte er einen Aktienfonds unterschlagen. In Wirklichkeit war der Aktienfonds schon lange gepfändet. Trotzdem wurde ihm angedroht, seine Wohnung zu räumen, er könnte ja ins Obdachlosenheim gehen. In vier Jahren erhielt der Familienvater nicht ein vernünftiges Arbeitsangebot. Auf die Frage, ob ihm Hartz IV irgendwie weiterhelfe, antwortete er: »Da kann ich in meiner Lage ja nur noch drüber lachen«.

BIRGIT KÜHR

aus »Artikel Eins« Nr. 9/2011

## Jazz in E.

Das Festival »Jazz in E.« fokussiert in diesem Jahr vom 1. bis 4. Juni 2011 auf das Thema »Tanzmusik«. Die Programmplanung für die 17. Ausgabe des Festivals aktueller Musik am verlängerten Himmelfahrtswochenende steckt in den allerletzten Zügen.

Am Eröffnungsabend (Mi, 1.6.) heißt es: Flamenco & Appenzeller Streichmusik. Die Flamencotänzerin Bettina Castaño aus Sevilla auf einer Bühne mit einem der berühmtesten Volksmusik-Ensembles der Schweiz, den »Alder Buebe«. Desweiteren fest vereinbart: Konzerte mit FIFTY-FIFTY und Mo'Blow. Erneut zu Gast nach dem grandiosen Konzert im Vorjahr: Mohammad Reza Mortazavi. In diesem Jahr wird der Ausnahmepercussionist mit seinem Dance-Trance Projekt zu hören sein. Zu sehen ist eine Performance der Tänzerin Yui Kawaguchi und der Pianistin Aki Takase. Sie knüpft an die jüngste Inszenierung des Duos »Chaconne – Die Stadt im Klavier« an, welche im Februar 2011 erstmals in den Sophiensälen in Berlin aufgeführt wurde. Steptanz & Jazz mit Sebastian Weber und »TAPSHOT« am Vormittag des 4. Juni 2011, zugleich die 204. Ausgabe der wöchentlichen Veranstaltungsreihe Guten-Morgen-Eberswalde...

Auch 2011 wird es für das Festival ein Gesamtticket geben. Details ganz in Kürze, unmittelbar nachdem das Programm komplett ist. Mehr Informationen zum Festival wie immer unter [www.mescal.de](http://www.mescal.de) oder auch via Facebook und dort unter [www.facebook.com/jazzine](http://www.facebook.com/jazzine).

UDO MUSZYNSKI

## DDR-Lohnunterlagen

Etwa 286.000 Personen der Jahrgänge 1946 bis 1974 mit Wohnsitz in den neuen Bundesländern haben ihre Rentenversicherungskonten noch nicht vollständig geklärt. Für diese Menschen wird es höchste Zeit, ihre Unterlagen über Beschäftigungszeiten in der DDR beizubringen, denn zum Jahresende 2011 läuft die Aufbewahrungsfrist für derartige Dokumente aus. Handlungsbedarf für eine gesonderte Information der Öffentlichkeit sieht die Bundesregierung trotz der hohen Anzahl von ungeklärten Rentenkonten nicht, weil der Fristablauf lange genug bekannt sei. »Die Initiative zur Kontenklärung müßte daher bereits im eigenen Interesse der Versicherten liegen«, heißt es.

Ursprünglich sollte die Aufbewahrungsfrist schon 2006 enden. Nach einer Initiative der Linksfraktion war die Zeitspanne um fünf Jahre verlängert worden. Die von aufgelösten Treuhandfirmen übernommenen Lohnunterlagen lagern heute bei der Rhenus Office Systems GmbH, Märkische Allee 1–11, 14979 Großbeeren. Weitere Unterlagen werden archiviert durch die Iron Mountain Deutschland GmbH, Archivcenter Berlin und Brandenburg, Damsdorfer Hauptstraße 36b, 14797 Kloster Lehnin, Ortsteil Damsdorf.

JANA MULEMBA

Anzeige

## Kurzer Nachruf

Zum Tod unseres Lesers **Dr. Karl-Hermann Simon** am 28. März 2011.

Er hat nicht nur unsere ökologische Arbeitsgemeinschaft angeleitet und unterstützt, sondern von 1958 bis 1988 eine umfangreiche wissenschaftliche Arbeit geleistet durch entscheidende Beteiligungen an Forschungsberichten der Eberswalder forstlichen Forschungseinrichtung.

Zur weltweiten Nutzung diente ihm die Sprache Esperanto. Dazu schuf er in harter Kleinarbeit das »lexicon silvestre« – Beiträge zum multilingualen (mehrsprachigen) Wörterbuch des Forstwesens.

Um dieses Werk zu fördern wurden bei seiner Beerdigung Geldspenden statt Blumen gereicht. Eine Artikelserie soll demnächst folgen.

WERNER BÖTTCHER

### Richtigstellung:

#### Berufsinformationszentrum unter [www.arbeitsagentur.de](http://www.arbeitsagentur.de)

Bei der in der *Barnimer Bürgerpost* 4/2011 veröffentlichten Internetseite handelt es sich nicht um eine Seite der Agentur für Arbeit Eberswalde oder der Bundesagentur für Arbeit.

Die Internetseite des Berufsinformationszentrums (BiZ) gehört zum Internetauftritt der Agentur für Arbeit Eberswalde und ist unter folgendem Pfad zu finden: [www.arbeitsagentur.de](http://www.arbeitsagentur.de) Partner vor Ort Eberswalde Agentur Bürgerinnen und Bürger Berufsinformationszentrum.

Das Berufsinformationszentrum der Agentur für Arbeit Eberswalde befindet sich in der Bergerstraße 30 und hat montags bis freitags für alle Interessenten geöffnet, die sich zu den Themen Arbeit, Ausbildung und Studium sowie Weiterbildung informieren möchten. An den 31 Internetabeitsplätzen kann kostenlos nach freien Arbeits- und Ausbildungsplätzen gesucht werden und die Mitarbeiterinnen des Berufsinformationszentrums beraten gern zu den verschiedenen Portalen der Bundesagentur für Arbeit: [www.arbeitsagentur.de](http://www.arbeitsagentur.de); [www.jobboerse.arbeitsagentur.de](http://www.jobboerse.arbeitsagentur.de); [www.berufenet.arbeitsagentur.de](http://www.berufenet.arbeitsagentur.de); [www.kursnet.arbeitsagentur.de](http://www.kursnet.arbeitsagentur.de); [www.planet-beruf.de](http://www.planet-beruf.de); [www.abi.de](http://www.abi.de); [www.studienwahl.de](http://www.studienwahl.de); [www.berufe.tv](http://www.berufe.tv).

Das Berufsinformationszentrum hat wie folgt geöffnet:

Mo-Mi 8 bis 16 Uhr, Do 8 bis 18 Uhr und Fr 8 bis 14 Uhr.

Tel. 03334 / 37 1233, Fax 03334 / 37 490 1235, per Mail: [eberswalde.biz@arbeitsagentur.de](mailto:eberswalde.biz@arbeitsagentur.de)

Anzeige

## Danksagung

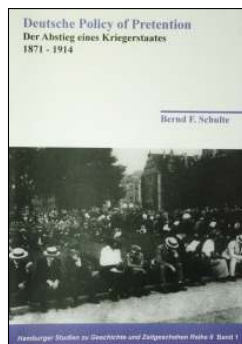
Seit nunmehr 7 Jahren gibt es mein »Stöber-Eckchen« in Eberswalde in der Breiten Straße 113. Neben dem regulären An- und Verkauf von Sachen und Gegenständen rund ums Kind, Spielekonsolen und Spielen, Haushaltsgegenständen, Schallplatten, Büchern u.v.m. werden auch komplette Haushaltsauflösungen und Entrümpelungen angeboten.

Das geht natürlich nur mit tatkräftiger Unterstützung zweier ortsansässiger Allroundhandwerker/Hausmeisterfirmen.

**Meinen Kunden möchte ich auf diesem Wege für das bisher entgegengebrachte Vertrauen ganz herzlich danken.**

Heike Marwinski

Fragen und Aufträge gern unter Tel.: 03334/356427 oder 0174/3911348. [www.stoerber-eckchen.de](http://www.stoerber-eckchen.de)



**Bernd F. Schulte:**  
**Deutsche Policy of Pretention – Der Abstieg eines Kriegerstaates 1871–1914.**

Books on Demand, Norderstedt 2009, 396 Seiten, 22,80 Euro. Hamburger Studien zu Geschichte und Zeitgeschehen, Reihe II, Band 1. ISBN 978-3837022513

## Barnimer Bürgerpost

### Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)  
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle:  per Bankeinzug  per Rechnung

Kontonummer  Bank  Bankleitzahl

Name, Vorname  Straße, Hausnummer

PLZ, Ort  Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:  Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

**Coupon senden an:** Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde  
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

## impressum

**herausgeber:** Barnimer Bürgerpost e.V.

**anschrift:** Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

**telefon:** (0 33 34) 35 65 42

**telefax:** (0 18 05) 22 10 40 973

**e-mail:** [redaktion@barnimer-buergerpost.de](mailto:redaktion@barnimer-buergerpost.de)

**bbpforum:** <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

**redaktion:** Gerd Markmann

**fotografie:** Braunschweig, Herzberg (2), BFG Markmann, Markus, Mulemba, Schlestein

**drucker:** Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18

**redaktionsschluß:** 5. Mai 2011

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Kontonr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 2.6.2011, 12 Uhr.